



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

73. Sitzung

4. Wahlperiode

Freitag, 10. März 2006, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

Antrag der Fraktion der CDU:

**Auswirkungen des Urteils des Landes-
arbeitsgerichtes Rostock zur Erhöhung
der Pflichtstundenzahlen für Lehrkräfte
in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 4/2125 – 4338

Torsten Renz, CDU 4338, 4340, 4341

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann 4339,
..... 4341, 4343

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS 4344

B e s c h l u s s 4345

Antrag der Fraktion der CDU:

**Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungs-
verordnung im Bereich Legehennen**

– Drucksache 4/2123 – 4345

Beate Schlupp, CDU 4345

Ministerin Sigrid Keler 4346

Renate Holznagel, CDU 4347

Hannelore Monegel, SPD 4348

Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS 4349

B e s c h l u s s 4349

Antrag der Fraktion der CDU:

Bundesautobahn A 14 finanziell absichern

– Drucksache 4/2128 – 4349

Karin Strenz, CDU 4350

Ministerin Sigrid Keler 4350

Maika Friemann-Jennert, CDU 4351

Jochen Schulte, SPD 4352

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS 4354

B e s c h l u s s 4354

Antrag der Fraktion der CDU:

Eurorapid für Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 4/2127 – 4354

Dr. Ulrich Born, CDU 4354

Ministerin Sigrid Keler 4358

Jochen Schulte, SPD 4359

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS 4362

Jörg Vierkant, CDU 4364

B e s c h l u s s 4365**Nächste Sitzung**

Mittwoch, 5. April 2006 4366

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 73. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Auswirkungen des Urteils des Landesarbeitsgerichtes Rostock zur Erhöhung der Pflichtstundenzahlen für Lehrkräfte in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/2125.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Auswirkungen des Urteils des Landes-
arbeitsgerichtes Rostock zur Erhöhung
der Pflichtstundenzahlen für Lehrkräfte
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/2125 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Erstes möchte ich einen Dank im Namen des Steuerzahlers für den dritten Sitzungstag in dieser Sitzungswoche aussprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Reinhard Dankert, SPD: An Ihre Spielchen
im Sonderausschuss erinnert aber keiner. –
Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Seit dem 08.12.2004 wissen wir, dass die Pflichtstundenerhöhung für viele Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Urteil des Arbeitsgerichtes Stralsund nicht zulässig war. Die Entscheidung des Arbeitsgerichtes Stralsund wurde mit dem Urteil des Landesarbeitsgerichtes vom 31.01.2006 bestätigt. Dass dieses Urteil folgen würde, war allen Beobachtern schon vor der Urteilsverkündung klar. Das Landesarbeitsgericht hat mehr als vier Wochen vor der Urteilsverkündung die Tarifpartner aufgefordert, eine gütliche Einigung in der beklagten Frage herbeizuführen. Seitens der beklagten Landesregierung wurde dieses Angebot nicht unterbreitet. So urteilte das Landesarbeitsgericht am 31.01.2006: „Dem beklagten Land ist der Nachweis nicht gelungen, dass durch die Ergänzung des Lehrpersonalkonzeptes um die Ziffer 1.6 die einseitige Erhöhung des Regelstundenmaßes nachträglich gebilligt wurde.“ Das Lehrpersonalkonzept ist wie ein Gesetz oder ein Tarifvertrag objektiv auszulegen.

Ich möchte noch einen weiteren zentralen Satz aus dem Urteil des Landesarbeitsgerichtes zitieren: „In seiner Hauptbegründung nimmt das Landesarbeitsgericht an, dass die Erhöhung des Regelstundenmaßes für Teilnehmer an der Maßnahme flexible Teilzeitarbeit unwirksam ist, da die teilnehmenden Lehrkräfte umgekehrt vielmehr einen Anspruch darauf hatten, dass der nach den Regeln des Lehrpersonalkonzeptes festgestellte Lehrermehrbedarf durch eine Aufstockung der Stunden auf die Lehrerschaft verteilt wird.“ Ich möchte dieses Juristendeutsch – die Kollegen mit entsprechender Ausbildung mögen es mir nachsehen – ins Hochdeutsche übersetzen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sehr geehrter Herr Minister, das Landesarbeitsgericht hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass Sie mit den Lehrern nicht nach Gutsherrenart verfahren können und dürfen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Das tut auch keiner, Herr Renz.)

Und, Herr Minister, wenn wir die Entstehungsgeschichte dieses Urteils noch einmal zurückverfolgen, dann werden Sie einräumen müssen, dass insbesondere nach der Anhörung der Schulräte unseres Landes am 30. Oktober 2003 deutlich wurde, dass wir hier ein Problem diskutieren, dessen Wurzeln im Bildungsministerium in der Werderstraße liegen. Die Schulräte haben Jahr für Jahr die tatsächlichen Bedarfe an das Ministerium gemeldet. Diese Bedarfe wurden zwar zur Kenntnis genommen, Herr Minister, aber in der tatsächlichen Stundenzuweisung spiegelten sich diese Bedarfe selten wider. Das führte zu Improvisationen und Überplanungen in den Schulämtern, die sich maßgeblich auf die Qualität des Unterrichtes in vielen Schulen auswirken. Herr Minister, Sie haben in diesem ganz speziellen Problembereich Ihre politische Verantwortung nie wahrgenommen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das können
Sie doch nicht einfach so sagen, Herr Renz.)

Im Gegenteil, die Öffentlichkeit wurde zu diesem Punkt der Unterrichtsversorgung seit Jahren getäuscht. Ich wage zu behaupten, dass diese Täuschung anhält. Die im Haushaltsverfahren eingebrachten zusätzlichen Bedarfe von 280 Stellen im Berufsschulbereich machen das deutlich.

Ich möchte diese Aussage auch untersetzen: Die Schulräte unseres Landes sagten am 30. Oktober 2003, dass die Differenzen zwischen der Bedarfsmeldung und der Stellenzuweisung bereits seit 1998 auftraten, also schon zu Zeiten Ihres Vorgängers.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Davor auch. Davor auch, Herr Renz!)

Sie waren nicht in der Lage oder nicht willens zu erkennen beziehungsweise nicht unterrichtet, dass dieses Problem besteht. Ich kann nicht davon ausgehen, dass Sie es nicht wussten. Ich kenne die Schulräte so, dass sie ihrer Verpflichtung nachkommen und auf die Probleme aufmerksam machen. So muss ich aus den Protokollen des Expertengesprächs die Schlussfolgerung ziehen, dass Sie, Herr Minister, wissentlich die Öffentlichkeit und das Parlament getäuscht haben und das Landesarbeitsgericht dieser Vermutung neue Nahrung gibt. Das ist die logische Folge einer Bildungspolitik, die nur auf Finnland schielt und die wirklichen Probleme im eigenen Lande ignoriert.

(Beifall Ilka Lochner-Borst, CDU)

Und nun hört man, dass die Landesregierung beabsichtigt, in Revision vor das Bundesarbeitsgericht zu gehen. Ich frage Sie, Herr Minister: Was versprechen Sie sich davon? Ich frage Sie, Herr Minister: Stellen Sie einen weiteren Misserfolg vor Gericht über die Fürsorgepflicht, die Ihnen als Minister für die Lehrer aufgetragen wurde? Wie weit wollen Sie die Lehrer in diesem Lande durch Ihr politisches Handeln demotivieren? Herr Ministerpräsident, auch Sie tragen Verantwortung für die Lehrer im Land. Warum, Herr Ministerpräsident, verhindern Sie nicht im Interesse einer qualitätsorientierten Bildung den Gang Ihres Bildungsministers vor das Bundesarbeitsgericht? Warum geben Sie den Lehrern in diesem Land nicht einmal ein wirkliches Dankeschön mit auf den Weg und machen einen offensichtlichen Fehler rückgängig? Nicht mehr und nicht weniger wollen wir mit unserem Antrag erreichen. Wir wollen dem Dankeschön, das Herr Bluhm in allen seinen Reden den Lehrern mit auf den Weg gibt,

(Norbert Baunach, SPD: So ist das.)

einmal wirkliche Taten folgen lassen.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Oh, wie heroisch, Herr Renz!)

Herr Bluhm, mit jedem Dankeschön haben Sie gleichzeitig auch die Belastungen für die Lehrer erhöht.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Jaja!)

Das ist zynisch. Vom Dank eines Politikers allein lässt sich heute kein Lehrer mehr motivieren, dazu sind die Einschnitte mittlerweile für fast alle Lehrer zu groß geworden.

(Ministerin Sigrid Keler: Er spricht pro domo!)

Das Engagement vieler Lehrer findet mit der jährlichen Änderung des Arbeitsvertrages und des Beschäftigungsumfanges ein Ende. Schulentwicklung ist kaum noch möglich. Die Schulprogrammarbeit an den Gymnasien wird völlig eingestellt, denn die Drohungen von SPD und PDS, ihnen auch noch die siebenten und achten Klassen zu entziehen, macht jede Schulprogrammarbeit sinnlos, und zwar zum Schaden der Schüler,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Unmöglich!)

die dort heute unterrichtet werden.

(Beifall Lorenz Caffier, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Frau Polzin, Sie fragten mich am 18. Februar 2004, ob mir bekannt sei, dass Regionalschullehrer schon seit 1992 27 Wochenstunden unterrichten müssen.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Wissen Sie, diese Frage hätten Sie auch dem Gericht stellen können, denn das hat Ihnen die Antwort auf diese Frage gegeben.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es geht nicht um den Stundenumfang der Pflichtstunden, sondern es geht darum, wie Sie mit den Lehrerinnen und Lehrern umspringen und wie Sie mit Verträgen umgehen. Auch hier spüren wir sie wieder, die Diktatur der Mehrheit.

(Angelika Peters, SPD: Haben
Sie gestern denn nichts gelernt?! –
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Unglaublich! Unglaublich! –
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS:
Kennen Sie den Unterschied zwischen
Diktatur und Demokratie nicht?)

Aber zum Glück gibt es Gerichte, die dieser Willkür einer parlamentarischen Mehrheit ihre Grenzen aufweisen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS,
und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Ich fordere Sie auf, Herr Ministerpräsident, die von uns geforderte Folgeabschätzung akkurat vorzunehmen!

(Zuruf von Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Senden Sie endlich ein positives Signal an die Lehrerinnen und Lehrer dieses Landes! Nehmen Sie von einer

langwierigen Berufung vor dem Bundesarbeitsgericht Abstand! Überzeugen Sie Ihren Bildungsminister von der Notwendigkeit, die Lehrer zu motivieren! – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Herr Professor Dr. Dr. Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Landesarbeitsgericht hat in einem Urteil am 31. Januar dieses Jahres festgestellt, dass es die Erhöhung der Pflichtstunden für Lehrer zum Schuljahr 2004/2005 für unwirksam ansieht. Dies gelte, soweit die Lehrer am Lehrpersonal-konzept in Form der flexiblen Teilzeitarbeit teilnehmen. Für Lehrer in einem Vollzeitarbeitsverhältnis hingegen war eine Erhöhung der Pflichtstunden für Lehrkräfte wirksam. So hat das Landesarbeitsgericht erst kürzlich am 28. Februar in einem Fall eines Berufsschullehrers entschieden, dass die Erhöhung der Pflichtstunden für Lehrkräfte von 25 auf 27 Wochenstunden rechtmäßig ist. Berufsschullehrer sind zurzeit nicht in Teilzeit, sodass auch keine Gründe für eine Unbilligkeit der Erhöhung durch das Landesarbeitsgericht gesehen worden sind. Diese Entscheidung steht im Einklang mit den bisherigen Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichtes zur Erhöhung von Pflichtstunden für Lehrkräfte, deshalb ließ das Landesarbeitsgericht auch gar keine Revision zu.

Die Unwirksamkeit der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtungen für Teilnehmer am Lehrpersonal-konzept begründet das Landesarbeitsgericht damit, dass die teilnehmenden Lehrkräfte einen Anspruch darauf hätten, dass der nach den Regeln des Lehrpersonal-konzeptes festgestellte Lehrermehrbedarf durch Aufstockung der Stunden auf die Lehrerschaft zu verteilen sei. Also ein Zusammenhang sei dort zwischen erhöhtem Lehrbedarf und erhöhten Schülerzahlen herzustellen. Dies ergebe sich aus den Regelungen zur Teilzeitarbeit des Lehrpersonal-konzeptes. Der betroffene Lehrer habe einen Anspruch auf diese Stundenaufstockung, wenn die Schülerzahlen das hergeben.

Der zweite Grund – ich will sie beide nennen, damit die Diskussion hier Klarheit gewinnt –, den das Landesarbeitsgericht aufführt, ist, es fehle ein Zusammenhang zu den Zwecken des Lehrpersonal-konzeptes. Dieses diene dem Ziel, den angesichts der demografisch bedingten Schülerentwicklung notwendigen Personalabbau im Schulbereich sozialverträglich zu gestalten, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Das Bildungsministerium könnte aus der Sicht dieses Urteils zwar alle im Rahmen seiner Aufgabenstellung erforderlichen Maßnahmen ergreifen, auch wenn sich diese direkt oder indirekt auf den Lehrbedarf auswirken würden – als Beispiele werden in dem Urteil genannt Festlegung der Stundentafel, Festlegung der Klassengröße, Freistellungsumfang für Verwaltungsaufgaben –, aber, das ist die Sicht des Landesarbeitsgerichtes, Maßnahmen, die direkt auf die Verände-

zung des Lehrerberarfes abzielen, seien nur erlaubt, wenn damit gleichzeitig bildungspolitische Ziele verfolgt werden. Eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtungszeit ausschließlich aus fiskalischen Gründen beziehungsweise entsprechenden Zwecken verstoße nach Sicht des Landesarbeitsgerichtes gegen den Gedanken von Treu und Glauben. Diese Auslegung des Lehrerpersonalkonzeptes durch das Landesarbeitsgericht teilt die Landesregierung nicht. Wir halten sie nicht für zutreffend, sondern wir halten sie für angreifbar. Vor diesem Hintergrund wurde mittlerweile Revision beim Bundesarbeitsgericht eingelegt.

Die Erfolgsaussichten im Hinblick auf die eingelegte Revision schätzen wir vor dem Hintergrund einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes im Jahre 1997 positiv ein. In dieser Entscheidung hat der Freistaat Sachsen 1992 mit der GEW zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen. Eine Festschreibung der Unterrichtsverpflichtungszeiten erfolgte nicht. Im darauf folgenden Jahr hob der Freistaat die Unterrichtsverpflichtungszeiten an. Das Bundesarbeitsgericht hat in den Gründen ausgeführt, dies verstoße nicht gegen die getroffene Vereinbarung mit der GEW, weil die Unterrichtsverpflichtungszeiten nicht vertraglich festzuschreiben sind. Überdies ist nach ständiger höchstrichterlicher Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes die Festlegung des Pflichtstundenmaßes für Lehrer Ausfluss des arbeitgeberseitigen Direktionsrechtes. Es hätte im Rahmen des Urteils des Landesarbeitsgerichtes nach Auffassung des Landes einer Auseinandersetzung dahingehend bedurft, dass die Grundlage des Lehrerpersonalkonzeptes das Direktionsrecht des Landes hinsichtlich der Pflichtstundenzahl beschneiden könnte. Das Landesarbeitsgericht vernachlässigt, dass an die Einschränkungen des arbeitgeberseitigen Direktionsrechtes regelmäßig sehr hohe Anforderungen zu stellen sind. Angesichts dessen beurteilt die Landesregierung die Erfolgsaussichten der eingelegten Revisionen jedenfalls aus unserer Perspektive positiv.

Gleichwohl haben wir uns über diese Dinge hinaus bemüht, eine gütliche Beilegung der Streitigkeiten zu erreichen. Für diesen Zweck wurden mit der GEW und den Verbänden Gespräche mit dem Ziel geführt, die außerunterrichtlichen Aufgaben der Lehrkräfte zu reduzieren. Diese Gespräche führten nicht zu dem gewünschten Ergebnis, weil die von der Landesregierung in Aussicht gestellten Arbeitserleichterungen für die Lehrkräfte von der GEW und den Verbänden abgelehnt wurden.

Zweiter Aspekt. Wir bemühen uns dennoch natürlich weiter, eine vergleichsweise Beilegung der Rechtsstreitigkeiten herbeizuführen. Vor diesem Hintergrund wird allen Klägern ein individuelles Vergleichsangebot unterbreitet, in dem neben einer zukünftigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen eine Zahlung in Höhe von 50 Prozent des jeweiligen Streitvolumens bis zum Ende des ersten Schulhalbjahres 2005/2006 gegen Klagerücknahme und Verzicht auf zukünftige Forderungen angeboten wird.

Die Auswirkungen des Urteils auf den Landeshaushalt – auch das war ein Aspekt – können jedoch hinsichtlich der Höhe der Kosten natürlich nicht genau beziffert werden. Für die anhängigen Klagen wird für die rückwirkende Zahlung von Vergütungen für ein bis zwei Stunden von Kosten in Höhe von 700.000 Euro bis 1,3 Millionen Euro ausgegangen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Renz?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Hinterher bitte.

Zusätzlich zu den anhängigen Klageverfahren haben Lehrkräfte Ansprüche im Zusammenhang mit der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei den staatlichen Schulämtern geltend gemacht. Die entsprechenden Daten wurden bisher in den staatlichen Schulämtern aber noch nicht erhoben. Wenn man davon ausgeht, um auch diese Frage zu beantworten, dass circa 5.000 Lehrkräfte Ansprüche rückwirkend für ein halbes Jahr geltend machen könnten, ergeben sich daraus zusätzliche Kosten in Höhe von 5,1 bis 10,2 Millionen Euro.

Unmittelbare Auswirkungen – jetzt zu diesem Punkt – auf das Lehrerpersonalkonzept ergeben sich aus dem noch nicht rechtskräftigen Urteil nicht. Dies gilt selbst für den Fall, dass die Revision des Landes gegen das Urteil keinen Erfolg haben sollte. Es ist aber zu berücksichtigen, dass sich seit Bestehen des Lehrerpersonalkonzeptes die schulfachlichen Zielstellungen geändert haben. Die Bedingungen zur Umsetzung der Teilzeit haben sich erschwert. Es wird daher die Frage nach der Notwendigkeit und der Möglichkeit einer Modifizierung und damit einer Anpassung an die Anwendungsregeln gestellt werden müssen.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Das gilt insbesondere im Hinblick auf das längere gemeinsame Lernen, auf die Entwicklung der selbstständigen Schule, auf die Minimierung von Abordnungen oder Versetzungen von Lehrern und – ich nenne auch diesen Punkt – das gilt auch für den Abbau der Dreijahresfachlichkeiten. Dazu gibt es bereits erste Meinungsaustausche mit den Verhandlungspartnern des Lehrerpersonalkonzeptes.

Lassen Sie mich zum Aspekt der Dreijahresfachlichkeit noch etwas sagen. Das sollte eine Anerkennung sein für Lehrkräfte, die aus Bedarfsgründen in der Vergangenheit in Fächern unterrichtet haben, für die sie keine Lehrbefähigung beziehungsweise Lehrberechtigung besitzen. Die Regelung hat jedoch zu einer erheblichen Benachteiligung für eine ganze Reihe von Lehrkräften geführt. So konnten zum Beispiel in größeren Städten Lehrkräfte kaum zusätzliche Fachlichkeiten erwerben, da hier genügend Fachlehrer zur Absicherung des jeweiligen Unterrichtes vorhanden waren. Ebenso hatten gute Fachlehrer kaum die Möglichkeit, zusätzliche Fachlichkeiten zu erwerben, weil sie nur in Fächern eingesetzt wurden, für die sie eine Lehrbefähigung haben. Dieses wurde vom Landesrechnungshof in einer Prüfmitteilung vom 9. August 2005 ebenfalls als nicht sachgerecht deklariert. Deshalb erscheint uns eine Modifizierung der Anwendungsregelungen des Lehrerpersonalkonzeptes geboten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, gestatten Sie jetzt die Frage des Abgeordneten Herrn Renz?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte schön, Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrter Herr Minister, ich glaube, für die Diskussion ist es notwendig, dass Sie ausführen sollten, weil Sie angerissen haben, die GEW und die anderen Verbände haben Ihr Angebot abgelehnt, ...

(Norbert Baunach, SPD, und
Frank Ronald Lohse, SPD: Frage!)

Sehr geehrter Herr Minister, ich glaube für die Diskussion ist es wichtig, wenn Sie ausführen würden, welche konkreten Angebote Sie den Vertretern gemacht haben.

(Heinz Müller, SPD: Wo ist jetzt die Frage?! –

Dr. Margret Seemann, SPD: Was ist jetzt die Frage? Was soll er jetzt antworten? –

Ministerin Sigrid Keler: Die hat er doch gesagt.)

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Herr Abgeordneter, da wir noch in diesen Diskussionen stehen – ich habe es ausgeführt – möchte ich dem Ergebnis noch nicht vorgreifen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Renz?

(Heinz Müller, SPD: Hat der überhaupt eine?!)

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte, Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Herr Minister, es ist zur Urteilsprechung gekommen. Im Vorfeld wurde eine ...

(Dr. Margret Seemann, SPD: Frage!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Renz, bitte formulieren Sie Ihre Frage.

Torsten Renz, CDU: Welche konkreten Angebote haben Sie der Gegenpartei vor Urteilsverkündung gemacht?

(Heinz Müller, SPD: Das war jetzt eine Frage.)

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Da diese konkreten Angebote nach wie vor Diskussionsgegenstand sind, möchte ich dem Ergebnis noch nicht vorgreifen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist natürlich schwierig, mit einem Fachminister in eine Fachdiskussion einzusteigen, wenn es keine fachliche Grundlage gibt.

(Beifall und Heiterkeit bei

Karin Strenz, CDU, und Udo Timm, CDU –

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:

Vielleicht hätten Sie das im Ausschuss tun sollen.)

Von der Warte aus ist es natürlich auch sehr schwierig, die Lage zu beurteilen. Das ist, denke ich, auch für alle verständlich. Ich glaube, hier geht es um viel mehr als um diesen konkreten Sachverhalt. Hier geht es nämlich um die Tatsache, was in dreieinhalb Jahren Bildungspolitik in diesem Lande durch den verantwortlichen Fachminister getan wurde.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:

Da hätten Sie einen anderen Antrag stellen müssen, Herr Renz.)

Das ist doch eigentlich die Frage, die man in diesem Zusammenhang stellen muss: Gelingt es diesem Minister

in diesem Lande, einen der Hauptakteure mit auf den Weg zu nehmen? Neben den Schülern – das ist sicherlich unbestritten – haben wir auch die Lehrer als Hauptakteure.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Und Lehrerinnen!)

Ich glaube einfach, auch die Lehrer und Lehrerinnen werden in diesem Lande im Bereich der Bildungspolitik nicht mitgenommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das ist doch das zentrale Thema, über das wir hier diskutieren müssen. Wenn Sie sich die einzelnen Bereiche des Bildungsministeriums anschauen, dann sagen Sie doch an dieser Stelle einmal ganz ehrlich, in welchem Bereich können wir in den zurückliegenden dreieinhalb Jahren Erfolge aufweisen. Ich könnte in jedem Bereich versuchen,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Die Erfolge zu nennen! Vielleicht
machen Sie das in Ihrem Antrag.)

Ich sage es Ihnen schon vorweg, Frau Gramkow, weil meine Redezeit in dem Punkt nicht ausreicht, aber wir können alle Bereiche aufrufen, ob das die Hochschulpolitik ist,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist hervorragend gelaufen.)

ob das Hickhack im Schulbereich ist, ob es das ist, was sich andeutete, was ich gestern ausgeführt habe, ob es im Berufsschulbereich ist. Ich möchte Sie an den Förderungsbereich oder auch an die Theaterförderung erinnern. Mir persönlich fällt es schwer, hier wirkliche Erfolge zu erkennen,

(Zurufe von Frank Ronald Lohse, SPD,
und Heike Polzin, SPD)

auch wenn ich gerade diesen Punkt noch einmal aufgreifen möchte, die Informationspolitik, wie ich nämlich mit Leuten umgehe, um sie mit ins Boot zu bekommen. Es ist schon eine Weile her, aber wenn Sie sich erinnern, ich habe mir das noch einmal herausgesucht, am 29.01.2004 gab es eine Pressemitteilung, eine Information an die Schulen, weil man sich sicher war, am nächsten Tag gehen die Lehrer sozusagen in die Ferien. Das hat mit Dialog, mit Mitnehmen, mit gemeinsamer Politik aus meiner Sicht sehr wenig zu tun. Und dann wurde ihnen einmal mitgeteilt am 29.01.2004, dass im – und jetzt geht es ja um diesen konkreten Fall – Gymnasium beziehungsweise in Berufsschulen die Unterrichtsstundenverpflichtung um zwei Stunden aufgestockt wird. Und Sie wissen, dass es an diesem Tage sehr viel mehr Meldungen gab, ob das die Reduzierung von Teilzeitstunden war et cetera. Ich will das nicht alles aufzählen. Das ist, glaube ich, symptomatisch für den Umgang mit der Lehrerschaft in diesem Lande.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist falsch.)

Das hat die Lehrerschaft in diesem Lande nicht verdient. Wenn ich etwas Aktuelles aufgreife, den 21. Februar 2006, der so genannte Maulkorberlass, dann wurde eben ein Schreiben von der Regierung an die Schulen gesandt, in dem steht: Schulleiter und Lehrkräfte werden daher ausdrücklich aufgefordert, in der Dienstzeit oder sonst in dienstlicher Eigenschaft jede Unterstützung der Initiatoren des Volksbegehrens zu unterlassen.

(Heike Polzin, SPD, und Rainer Pracht, CDU: Ja.)

Ich frage mich an dieser Stelle ernsthaft, weil gerade die bildungspolitische Sprecherin der SPD auf ihr großes Votum, das sie sich wie auch immer aus der Bevölkerung geholt hat, mit über 80 Prozent, wenn dieses große Votum vorhanden ist, Folgendes: Warum hat man so eine Angst? Warum ist man in diesem Land auf der Seite der Regierung beziehungsweise konkret in Ihren Fraktionen so unsicher? Warum hat man diese Unsicherheit? Warum haben Sie Angst vor dem Volk? Ich kann das nicht verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD)

Wenn Sie die breite Mehrheit haben, dann brauchen Sie hier doch keine Angst zu haben,

(Heike Polzin, SPD: Ich habe aber
immer Angst vor Ihnen, Herr Renz.)

das hat ja die Diskussion gestern zur Enquetekommission gezeigt.

Wenn wir das Thema Kommunalisierung nehmen, auch da möchte ich kurz noch einmal ansprechen, wie Sie mit den Leuten und mit den Lehrern umgehen, wie Sie ein neues Thema aufmachen und wie Sie die Leute verunsichern.

(Heike Polzin, SPD: Sie sind doch
derjenige, der Unwahrheiten verbreitet,
immer wider besseres Wissen.)

Ich zitiere das gerne noch einmal, weil das wahrscheinlich gestern nicht angekommen ist. „Die Übertragung der Zuständigkeit für die inneren Schulangelegenheiten wird nach dem Auslaufen des Lehrerpersonalkonzeptes auf die kommunale Ebene übertragen. Ein erster Schritt ist die Übertragung der beruflichen Schulen.“

(Heinz Müller, SPD: Nee, nee! –
Heike Polzin, SPD: Das stimmt doch gar nicht.
Das ist doch schon wieder die Unwahrheit! –
Heinz Müller, SPD: Sie sagen hier
bewusst die Unwahrheit. – Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ich möchte ganz einfach feststellen, meine Damen und Herren – und ich sage das an dieser Stelle noch einmal recht deutlich –, das Lehrerpersonalkonzept läuft nicht aus,

(Heinz Müller, SPD: Er kann nicht mal lesen! –
Heike Polzin, SPD: Sie müssen Gesetze lesen! –
Zurufe von Heinz Müller, SPD, und
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

weil es gar kein Datum gibt, wann es auslaufen soll. Das ist erst einmal Fakt! Sie werden mir ja wohl abnehmen,

(Heinz Müller, SPD: Ihnen nehme ich gar nichts
mehr ab. – Heike Polzin, SPD: Nein, nicht mal die
Uhrzeit, Herr Renz, würde ich Ihnen abnehmen.)

dass die GEW das Lehrerpersonalkonzept nicht kündigen wird. In dem Punkt sind wir uns, denke ich, einig.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Da müssen wir die GEW fragen. –

Heike Polzin, SPD: Sicherheitshalber erst einmal
fragen. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Die Zustimmung hält sich in Grenzen. Ich signalisiere, Sie haben die gleiche Auffassung. Wenn Sie in Ihr Wahlprogramm schreiben, in das Regierungsprogramm der

SPD, so nennen Sie das ja: „Im Rahmen des Lehrerpersonalkonzeptes sind geeignete Maßnahmen zu treffen, die feste Stammkollegen an den Schulen ermöglichen.“ – und dann geht es mit dem weiter, was Sie im Lehrerpersonalkonzept alles verändern wollen –,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das hat der Minister eben auch gesagt.)

dann frage ich mich: Wenn Sie das Lehrerpersonalkonzept verändern wollen, weiterentwickeln wollen, was ein richtiger Ansatz ist, warum schreiben Sie dann in so einem Gesetz, dass es auslaufen soll, wo Sie wissen, die GEW wird es nicht kündigen,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie verstehen ja
überhaupt nichts! – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Sie wollen es nicht kündigen? Diese Logik kann ich nicht verstehen. Aber ich sage Ihnen, Ihr Agieren führt zur Verunsicherung vor Ort.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Herr Renz!)

Das ist das Problem.

(Heike Polzin, SPD: Sie
müssen den Antrag mal lesen!)

Kommen wir zum zentralen Problem zurück, wie gehe ich mit der Lehrerschaft in diesem Lande um, wie gelingt es mir, diesen gesellschaftlichen Konsens, von dem Sie gestern sehr ausschweifend gesprochen haben, zu lösen. Vorgestern haben Sie diesen gesellschaftlichen Konsens noch abgelehnt, gestern haben Sie ihn wieder auf die Tagesordnung gehievt

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ja,
aber wir haben Sie wieder nicht überzeugt,
Herr Renz. Ich habe das schon verstanden.)

und für morgen haben Sie ihn im Prinzip schon wieder herausgestrichen, weil Sie diesen gesellschaftlichen Konsens durch Ihr Agieren in dieser Art und Weise nicht erreichen können. Das ist das eigentliche Problem in diesem Lande, vor dem wir stehen,

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD)

dass es Ihnen nicht gelingt, diesen gesellschaftlichen Konsens durch Ihr Agieren auf den Weg zu bringen.

(Heinz Müller, SPD: Der langweilt mich. –
Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD)

Übrigens im Zusammenhang mit dem Lehrerpersonalkonzept hat die bildungspolitische Sprecherin der SPD gestern richtig bemerkt, dass ich sehr häufig aus Reden zitiere. Da habe ich auch einen ganz interessanten Satz von Herrn Bluhm gefunden

(Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

aus dem Jahre 2000, also vor meiner Zeit.

(Heike Polzin, SPD: Soll ich Sie
adoptieren oder was?! – Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der SPD)

Er hat sich auch schon auf das Lehrerpersonalkonzept berufen, aber er hat Folgendes gesagt in diesem Zusammenhang:

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Aber jetzt richtig zitieren!)

„Dazu gehört unstrittig auch, dass das Lehrpersonal-konzept endlich sein muss. Es muss eine Perspektive für sein Ende geben.“

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Jetzt könnte man schlussfolgern, dass die PDS das Lehrpersonal-konzept kündigen will

(Frank Ronald Lohse, SPD: Das ist alles unnormal, was da passiert.)

und das vielleicht in diesem Zusammenhang in das Gesetz hineingeschrieben wurde.

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Aber es ist ja nicht so, Herr Bluhm. Sie haben es darauf bezogen, dass es erst endet, wenn die Vollzeitbeschäftigung wieder da ist, es war an die Teilzeitbeschäftigung gekoppelt.

(Heike Polzin, SPD: Oh, Mann!)

Aber da die Vollzeitbeschäftigung im Moment nicht in Sicht ist, glaube ich, brauchen wir auch über diesen Fall – Kündigung des Lehrpersonal-konzeptes – nicht zu sprechen.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Ja warum machen Sie das dann?)

Ich will Ihnen nur sagen, das sind Punkte, die es verhindern, hier gemeinsam zu arbeiten.

Als Letztes rufe ich in diesem Zusammenhang die Kommunalisierung, den Ansatz des Städte- und Gemeindetages, hier auf,

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

also nicht den Antrag der CDU, sondern den Ansatz des Städte- und Gemeindetages, der auch interessiert ist an einem gesellschaftlichen Konsens. Der hat in diesem Zusammenhang im Bereich Verwaltungsmodernisierung folgenden Antrag, den wir als CDU übernommen haben, in den Sonderausschuss eingebracht. Ich gehe einmal davon aus, das wird nicht jedem hier bekannt sein.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Sie haben tatsächlich mal was eingebracht, Herr Renz?! –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Einen Antrag gestellt?)

Die Landesregierung untersucht die Möglichkeit ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Renz, würden Sie bitte zum Antrag sprechen.

Torsten Renz, CDU: Ich werde selbstverständlich weiter zum Antrag sprechen.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU,
und Rainer Pracht, CDU –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Die Landesregierung untersucht die Möglichkeit der Übertragung der Zuständigkeiten für die inneren Schulangelegenheiten nach Paragraf 109 auf die kommunale Ebene und unterrichtet den Landtag. Es geht darum, diesen Konsens zu schaffen. Auch hier wird wieder dieser Ansatz deutlich, ähnlich wie bei der Erhöhung der Pflichtstundenzahl, dass man das Gesamte sieht und nicht nur diesen einzelnen Punkt herausgreift. Dann nehme ich die Meldung von gestern, was sich auch unmittelbar anschließt an diese Thematik Pflichtstundenzahlerhöhung: Das Pri-

vatgymnasium in Torgelow wird eine 5. und 6. Klasse einrichten. Das lässt sich nicht verhindern. Das ist aber auch ein Kennzeichen für die Politik, dass es hier nicht gelingt, im Vorfeld Lösungen herbeizuführen, diese Rechtsstreitigkeiten zu verhindern, denn da steht die nächste Rechtsstreitigkeit ins Haus. Ich verstehe auch nicht die Logik in Ihrer Politik.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das müssen Sie auch nicht.)

Sie sagen, wir brauchen diese individuelle Förderung nicht bei bestimmten Gruppen. Im Sportbereich brauchen wir es, im Musikbereich brauchen wir es. Warum eigentlich nicht im naturwissenschaftlichen Bereich? Nichts anderes machen die in Torgelow. Und auch hier wird es die gerichtliche Auseinandersetzung geben. Es gelingt nicht, im Vorfeld Gütlichkeit auf den Weg zu bringen.

Ich sage Ihnen auch noch einmal deutlich, Herr Ministerpräsident beziehungsweise Herr Bildungsminister: Vergeuden Sie keine Steuergelder! Ziehen Sie sich zurück! Versuchen Sie, wirklich einen Konsens auf den Weg zu bringen! Ich glaube, es ist immer sehr einfach, wenn es nicht das eigene Geld ist, nicht das eigene Portmonee,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wir zahlen auch Steuern.)

sehr leichtfertig aus meiner Sicht mit diesen Steuergeldern umzugehen. Da werden Sie mir Recht geben, dass es einfacher ist, wenn es nicht das eigene Geld ist,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Es ist auch das eigene Geld! Oder
zahlen Sie keine Steuern?)

hier mit fremdem Geld in diesem Lande zu agieren. Das ist nicht nur hier der Fall, das ist auf allen kommunalen Ebenen der Fall.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ich denke, das ist der falsche Weg.

Ich möchte zum Schluss den Landesvorsitzenden der CDU Jürgen Seidel hier zitieren.

(Zuruf aus dem Plenum:
Machen Sie Wahlkampf?!)

Er sagt: „Der Umgang mit der Lehrerschaft ist dabei symptomatisch für den Umgang der Landesregierung mit Interessengruppen, Expertenwissen aus dem eigenen Land und den Bürgern. Menschen werden vor den Kopf gestoßen, Expertenwissen lädiert und am Ende rennt die Landesregierung gegen die Wand, fällt um und nimmt erneut Anlauf. Das schadet unserem Land.“ Deswegen fordere ich Sie noch einmal auf: Ziehen Sie Ihre Klage zurück

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

im Interesse eines vernünftigen Umgehens mit der Lehrerschaft in diesem Lande! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Ums Wort hat noch einmal der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Dr. Dr. Metelmann gebeten.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Verehrter Herr Vorredner, heute ist es mir etwas schwer gefallen, Ihnen zuzuhören, aber an einem Punkt muss ich Ihnen sogar deutlich widersprechen. Das Tätigwerden des Bildungsministeriums im Zusammenhang mit Volksbegehren – die Tätigkeit dort innerhalb der Dienstzeit – ist eine schlichte Neutralitätspflicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Diese leitet sich aus unserem demokratischen Verständnis heraus ab und sie ist eine Ableitung des Grundgesetzes, mehr nicht. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Heike Polzin, SPD: Ja.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Vizepräsident Andreas Bluhm von der Linkspartei.PDS.

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Renz, Sie haben mit Ihrer Rede in der Debatte deutlich gemacht, dass es Ihnen eigentlich überhaupt nicht um die Auswirkungen des Urteils des Landesarbeitsgerichtes ging, sondern Sie wollten hier eine Debatte über die aktuelle Schulwirklichkeit. Dann hätten Sie der Ehrlichkeit halber Ihren Antrag auch so formulieren müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Wenn Sie nach den Worten des Ministers zu dem Ergebnis kommen, dass Sie keine Fachdiskussion führen können, wenn es keine fachliche Grundlage durch die Ausführungen gäbe,

(Angelika Peters, SPD: Dann liegt es an Herrn Renz und nicht am Minister. –
Torsten Renz, CDU: Er hat meine Frage nicht beantwortet.)

Herr Renz, es tut mir Leid, da kann ich Ihnen überhaupt nicht folgen, denn der Minister hat aus meiner Sicht und sicherlich auch aus Sicht meiner Fraktion die drei Fragen, die Sie in Ihrem Antrag hier formuliert haben, umfänglich und ausreichend beantwortet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ich kann Sie nur auffordern, mit uns gemeinsam diesen Antrag von Ihnen für erledigt zu erklären, ansonsten müssen wir ihn sicher hier ablehnen, weil er abgearbeitet ist.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Aber das ist eben so, wie man mit bestimmten Dingen auch umgeht. Die Frage bleibt doch, dass die Debatte um die Pflichtstundenzahl vor einem konkreten Hintergrund stattfindet, einem laufenden Verfahren. Es gibt ein erstes Urteil, es ist noch nicht rechtskräftig. Wir haben gehört, dass die Landesregierung beim Bundesarbeitsgericht in Berufung gegangen ist. Von daher ist es schon schwierig, hier eine politische Debatte über mögliche Konsequenzen und Auswirkungen zu führen, ohne dass es entsprechende Urteile gibt.

Wenn ich das inhaltlich beleuchten darf, Herr Renz, dann sind wir noch auf einer ganz anderen Ebene, denn

die bisherigen Diskussionen um Pflichtstundenzahlen in Deutschland ranken sich um ein bisheriges althergebrachtes Verständnis des Lehrerberufs und der Lehrerarbeitszeit. Ihnen wird doch als Berufsschullehrer von Hause aus und als jemand, der Jahre in dem Bildungsbereich tätig ist, hier im Parlament nicht entgangen sein, dass es natürlich vielfältigste Diskussionen gibt um die Frage: Wie wird Lehrerarbeitszeit bewertet?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ist es einfach nur auf Pflichtstundenzahlen zu reduzieren? Offen bleibt nämlich in der Perspektive die Veränderung der Bewertung von Lehrerarbeitszeit, der Bewertung von Poolstunden, der Zurverfügungstellung von entsprechenden Unterrichtsvolumina und so weiter für die Schulen.

Und wenn ich das Urteil sozusagen herleite und zum Nonplusultra erkläre, dann ist die Frage, die Sie hier formuliert haben, schon zu berücksichtigen, ob denn das Lehrerpersonalkonzept, solange wie es existiert, ausschließt, dass man überhaupt über die Neuordnung von Lehrerarbeitszeiten reden und sie neu ordnen kann. Ich glaube, das ist kontraproduktiv, das entspricht auch nicht der Wirklichkeit.

Was die Unterrichtsverpflichtung an sich betrifft, ist es schon etwas problematisch, dass Lehrer gleichen Abschlusses, gleicher Qualifikation, gleicher Fächerkombination, nur weil sie an unterschiedlichen Schularten unterrichten, eine unterschiedliche Unterrichtsverpflichtung haben.

(Heike Polzin, SPD: So ist das.)

Auch das ist eine Frage, die natürlich politisch, bildungspolitisch und auch rechtlich zu bewerten ist. Noch verrückter wird die ganze Diskussion, wenn es um unterschiedliche Fächerkombinationen geht, wo die Belastung des einzelnen Faches auch immer eine Rolle spielt.

(Torsten Renz, CDU: Da gebe ich Ihnen Recht.)

Also, meine Damen und Herren, wir haben mit dem von Ihnen hier vorgebrachten Antrag und den von dem Minister daraufhin getätigten Aussagen eine aktuelle Situationsinformation erhalten. Für uns wäre der Antrag damit fachlich erledigt. Ich habe kein Verständnis dafür, dass Sie auf der Grundlage dieses Antrages eine ganze Reihe von weiteren Fragen des Bildungsbereiches hier thematisieren wollen. Von daher kann ich nur noch einmal das unterstützen, was der Minister in Bezug auf die Polemisierung bezüglich des Maulkorberlasses gesagt hat. Niemand hat einer Lehrerin oder einem Lehrer in diesem Lande abgesprochen, dass er sich in seinem ganz persönlichen Engagement für die Entwicklung von Schule für das Volksbegehren einsetzen oder sich auch dagegen aussprechen kann. Aber es gehört nicht zu den dienstlichen Obliegenheiten eines Schulleiters oder eines Lehrers, dieses im Rahmen seiner dienstlichen Verpflichtungen in der Schule organisatorisch zu vollziehen. Das gehört da nicht dazu.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Siegfried Frieze, SPD: Richtig.)

Noch eine Bemerkung, Herr Renz, zu Ihren gestrigen Aussagen. Wenn Sie den Bogen so weit spannen, dann würde ich den auch gerne spannen wollen,

(Torsten Renz, CDU: Ja, jetzt.)

denn ich kam nicht dazu, was die Konsequenzen in der Frage von Umsetzung des Lehrpersonalkonzeptes vor dem Hintergrund des laufenden Volksbegehrens betrifft.

(Heike Polzin, SPD: Richtig.)

Sie haben gestern so nett formuliert, Sie können nicht alles aus dem Volksbegehren unterstützen. Wenn ich Ihre Aussagen gestern und heute reflektiere, dann meinen Sie damit wohl,

(Torsten Renz, CDU: Keine Vermutungen!)

dass Sie den längeren gemeinsamen Unterricht in der jetzigen Gesetzeslage nicht unterstützen und insbesondere den Teil unterstützen, der sich im Volksbegehren

(Torsten Renz, CDU: Das ist die Vermutung!)

mit der Frage der 5. und 6. Jahrgangsstufe an den Gymnasien befasst.

(Torsten Renz, CDU: Eine mutige Hypothese! –
Zurufe von Harry Glawe, CDU, und
Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Darf ich daraus schließen, dass Sie alle Regelungen, die in dem Gesetzentwurf enthalten sind, zu Schulwegen und Klassenbildung nicht teilen? Das impliziert die Aussage von Ihnen von gestern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Linkspartei.PDS – Torsten Renz, CDU:
Nein. – Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Egbert Liskow, CDU)

Ich möchte für meine Fraktion und auch die SPD-Fraktion hier noch einmal betonen: Mit der Rede des Ministers ist für uns der Antrag erledigt. Stimmen Sie der Erledigterklärung Ihres Antrages zu!

(Harry Glawe, CDU: Nein, machen wir nicht. –
Lorenz Caffier, CDU: Schlecht beantwortet. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Herr Renz, nach Ihrer Rede

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

habe ich noch etwas für Sie von Lord Halifax,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

der einmal gesagt hat: „Wenn ein Mann gern Rat erteilt, ist es ein sicheres Zeichen, dass er ihn selbst braucht.“ Herr Renz, Sie brauchen ihn.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Lorenz Caffier, CDU: Du übst wohl schon
Sprüche für deinen Parteitag, was?! –
Zurufe von Norbert Baunach, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielen Dank, Herr Bluhm.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

(Egbert Liskow, CDU: Der Ratgeber Bluhm.)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2125.

Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2125 bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Bereich Legehennen, Drucksache 4/2123.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Bereich Legehennen
– Drucksache 4/2123 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion der CDU.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Ausbruch der Vogelgrippe stehen den Geflügelhaltern in unserem Land schwere Zeiten bevor. Der Landwirtschaftsminister des Landes Brandenburg geht davon aus, dass eine Freilandhaltung von Geflügel in den kommenden Jahren nicht möglich sein wird. Leider hat er mit dieser Auffassung Recht.

Aus diesem Grund und um den Geflügelhaltern in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch bundesweit eine wettbewerbsfähige Einkommensmöglichkeit innerhalb der Europäischen Union zu ermöglichen, hat meine Fraktion den vorliegenden Antrag eingebracht. Nationale Alleingänge, wie sie von der rot-grünen Bundesregierung unter dem Deckmantel des Tierschutzes durchgesetzt wurden, helfen weder den Tieren noch den Verbrauchern. Vielmehr führen sie dazu, dass die Produktion und somit Arbeitsplätze in Drittländer verlagert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Juli 1999 hat die Europäische Kommission die Richtlinie zur Festlegung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen verabschiedet. Die Richtlinie schreibt vor, dass herkömmliche Käfigbatteriehaltung ab dem 1. Januar 2012 in der Europäischen Union verboten ist. Für neu zu errichtende Käfiganlagen schreibt die Richtlinie ab dem 1. Januar 2003 ausgestaltete Käfige vor. Diese ausgestalteten Käfige sollen den Hennen ein artgerechtes Verhalten, Staubbaden sowie Flattern oder Scharren ermöglichen.

Wenige Wochen nach Verabschiedung der EU-Richtlinie hat das Bundesverfassungsgericht das so genannte Hühnerschutzurteil gesprochen. In diesem Urteil wurde festgestellt, dass das in der EU-Richtlinie verankerte Mindestplatzangebot von 550 Quadratzentimetern je Legehennen nicht ausreichend ist. Die Richter erachteten ein Platzangebot von 690 Quadratzentimetern für tierschutzgerecht. Infolge des Urteils wurde die Produktion von Eiern in Drittländer wie USA, Litauen, Polen oder Estland verlagert. Im Klartext heißt das: Hühner, die unter wesentlich schlechteren Bedingungen gehalten werden, legen die Eier für den tierliebenden deutschen Verbraucher. Dieses Ergebnis kann nicht zielführend sein und auch die Tierschützer nicht befriedigen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Verabschiedung der Ersten Ordnungsänderung der Tierhaltungsverordnung im Bundesrat am 19. Oktober 2001 hat die damalige Bundesregierung die europarechtlichen Vorgaben im Alleingang verschärft. Diese Verschärfung führte zu der bereits angeführten Entwicklung. Der durch die rot-

grüne Bundesregierung durchgesetzte Alleingang kam einem bundesweiten Verbot der Käfighaltung gleich. Schon damals kündigte der Landwirtschaftsminister unseres Landes an, dass er der vorgelegten Verordnung lediglich zustimmen würde, wenn die so genannten ausgestalteten Käfige Eingang in die Verordnung finden würden. Diese ausgestalteten Käfige sollen den Hennen Sitzstangen, Legenester, Scharrflächen und ein ausreichendes Platzangebot bieten. Leider haben sich die Geflügelhalter und auch meine Fraktion zu sehr auf diese Aussagen verlassen. Am Vortag der Abstimmung im Bundesrat hieß es noch, ein Mann ein Wort. Am entscheidenden Tag war nur noch der Mann da.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Oder anderes gesagt: Minister Backhaus stimmte dem Verordnungsentwurf der Bundesregierung zu, ohne dass entsprechende Regelungen für einen ausgestalteten Käfig integriert wurden.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Damals war die Enttäuschung sowohl bei den Geflügelhaltern unseres Landes, bei meiner Fraktion und Amtskollegen aus anderen Bundesländern groß.

(Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS:
Und bei den Hennen!)

Einen weiteren Anlauf zur Einführung des ausgestalteten Käfigs unternahmen die CDU-geführten Bundesländer im Dezember 2004 im Bundesrat. Sie legten eine Novelle zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Bereich der Legehennen vor. Diese Novelle fand die Zustimmung des Bundesrates und wurde von der damaligen Bundeslandwirtschaftsministerin aus rein dogmatischen Gründen nicht in Kraft gesetzt. Wieder einmal konnte der Landwirtschaftsminister unseres Landes seinen Einfluss bei der Bundesregierung nicht geltend machen. Auch wenn er von sich behauptet: „Ich spitz nicht nur den Mund, sondern pfeife auch“, fehlen beim Pfeifen doch die Töne.

(Beifall Egbert Liskow, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Meine Fraktion will mit dem vorliegenden Antrag dem Landwirtschaftsminister in den entsprechenden Gremien den Rücken stärken und ihm somit das geräuschvolle Pfeifen ermöglichen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Auftreten der Vogelgrippe ergibt sich eine neue Situation und somit zwingender Handlungsbedarf für die Rechtsanpassung. Eine Freilandhaltung von Legehennen steht für Jahre in Frage. Um die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Geflügelwirtschaft zu sichern, ist eine Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Bereich der Legehennen zwingend notwendig. Wenn wir in absehbarer Zeit noch Eier aus heimischer Produktion essen wollen, dann müssen wir jetzt handeln.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren der Koalition! Wenn Sie auch gleich wieder verkünden werden, der Landwirtschaftsminister handelt schon und die Opposition ist zu spät dran, die Landwirte unseres Landes und auch wir haben unsere Erfahrungen mit solchen Aussagen gemacht. Diese Erfahrungen bestärken uns in der Ansicht, dass dieser Antrag mehr denn je notwendig ist. Er ist

umso notwendiger, da die Geflügelhalter in unserem Land gerade jetzt durch geeignete Maßnahmen unterstützt werden müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der Absatz und die Preise für Geflügel sind mit dem Auftreten der Vogelgrippe dramatisch eingebrochen. Viele Geflügelhalter stehen am Rande ihrer Existenz. Da heißt es, kräftig zu pfeifen und zum Wort zu stehen. Aus diesem Grunde fordere ich Sie auf, dem vorliegenden Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schlupp.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten je Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat stellvertretend für den Landwirtschaftsminister die Finanzministerin Frau Keler.

(Heiterkeit bei Rainer Pracht, CDU:
Dann werden ja keine Eier verteilt heute!)

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Vorweg eine kurze Anmerkung: Ich darf heute den Landwirtschaftsminister und den Wirtschaftsminister vertreten. Ich mache das sehr gern, aber ich bin sehr gern Finanzministerin.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Die CDU-Fraktion, wir haben es gerade gehört, fordert im vorliegenden Antrag die Landesregierung zu etwas auf, was diese längst beabsichtigt

(Angelika Peters, SPD: Das wissen sie auch.)

und wofür Mecklenburg-Vorpommern federführend – federführend, ich betone das – bei Hühnern

(Volker Schlotmann, SPD: Federführend.)

seit Jahren arbeitet. Wenn Sie das „ARD-Morgenmagazin“ am 07.03.2006 verfolgt haben, dann konnten Sie die entsprechenden fachlichen Positionen des Kollegen Dr. Backhaus in dieser Sache vernehmen.

Aber ich will hier noch einmal ein paar grundsätzliche Anmerkungen vortragen. In die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung ist im Jahre 2001 ein Abschnitt zur Legehennenhaltung eingefügt worden, der nur eine Bodenhaltung gegebenenfalls kombiniert mit einem Auslauf zulässt. Sowohl im Jahre 2003 als auch im Jahre 2004 wurden vom Bundesrat mehrheitliche Änderungsvorschläge verabschiedet, die auch eine Haltung in einem Intensivhaltungssystem der Kleingruppe zuließen. Diese Vorschläge sind bisher nicht in die Verordnung aufgenommen worden.

Die Haltung von Legehennen ist nach wie vor ein bedeutender Zweig der deutschen Landwirtschaft. Frau Schlupp, Sie haben da vollkommen Recht. Die Umstellung der herkömmlichen Käfighaltung auf Bodenhaltungssysteme ist in den Ländern sehr unterschiedlich vorangekommen. Während in unserem Land, in Thüringen, in Bayern und in Sachsen-Anhalt inzwischen über 50 Prozent der Hennen in Bodenhaltung leben, werden derzeit

noch etwa 30 Millionen der rund 38 Millionen Legehennen in herkömmlichen Käfigen gehalten. Nicht umgestellt haben die Käfighaltung aber vor allem viele kleine Tierhaltungen in Stadtnähe mit Hofverkauf, die aus wirtschaftlichen Gründen keine Zukunft für eine Legehennenhaltung mit stark reduzierten Beständen sehen. Für diese Betriebe wäre Ende 2006 definitiv Schluss. Ziel muss es sein, jedem, der weiterhin in Deutschland Legehennen halten möchte, dieses in einem möglichst tiergerechten System zu erlauben.

Mecklenburg-Vorpommern lässt keinen Zweifel daran: Der herkömmliche Käfig hat ausgedient. Das haben wir immer betont und dabei bleibt es. Gleichzeitig gilt es aber, den Hennenhaltern, die umsteigen wollen, wirtschaftliche Perspektiven aufzuzeigen. Auch daraus haben wir nie einen Hehl gemacht. Wir wollen den Haltern parallel zur Freiland- und Bodenhaltung andere, ebenfalls weit gehend artgerechte Haltungsformen ermöglichen und dafür den rechtlichen Rahmen des Tierschutzes in den entsprechenden Bundesverordnungen setzen. Damit wollen wir erreichen, dass so viele Legehennen wie möglich in deutlich verbesserten Haltungssystemen gehalten werden. Gelingt das nicht, müssen wir damit rechnen, dass unsere Frühstückseier künftig verstärkt im Ausland gelegt werden, wo die Tiere zum Teil unter deutlich schlechteren Bedingungen gehalten werden.

Mecklenburg-Vorpommern hat gemeinsam mit Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen von der Agrarministerkonferenz in Bielefeld den Auftrag erhalten, Vorschläge für das Haltungssystem Kleingruppenhaltung zu erarbeiten. Das haben wir getan und einen entsprechenden Antragsentwurf vorbereitet. Diesen werden wir mit den genannten Ländern gemeinsam in den Bundesrat einbringen, und zwar dann, wenn die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung wieder auf der Tagesordnung steht. Wir gehen davon aus, dass es für unseren Vorschlag eine breite Mehrheit geben wird.

Ich habe bereits betont, dass sich die Landesregierung klar zu alternativen Haltungsformen bekennt. Darüber hinaus setzt sich die Landesregierung nachdrücklich für ein Prüf- und Zulassungsverfahren ein, den so genannten Tierschutz-TÜV. Dabei soll jedes Haltungsverfahren geprüft werden. Für die Erarbeitung entsprechender Prüfkriterien für Tiergesundheit, Tierverhalten, Hygieneanforderungen, Umweltbelastung sind unter Federführung Mecklenburg-Vorpommerns erste Vorschläge erarbeitet worden. Dieses gilt auch für den Ablauf des Tierschutz-TÜV. Gleichzeitig möchten wir die Forschung im Bereich der Legehennenhaltung weiter intensivieren und durch Förderprogramme die Einrichtung besonders artgerechter Haltungsformen voranbringen.

Lassen Sie mich noch einmal zu Ihrem Antrag kommen. Der Gedanke, der dabei mitschwingt, heißt, wir sperren mal flugs alle Hühner, Gänse, Enten und so weiter wegen der Vogelgrippe ein und haben damit das Alibi für die Käfighaltung. Das, denke ich, funktioniert nicht. Die Verknüpfung Vogelgrippe/Käfighaltung ist ein fataler Kurzschluss.

(Lorenz Caffier, CDU: Tilli sperrt sie alle ein.)

Eine solche Verknüpfung ist nicht der Ansatz der Landesregierung und sie ist erst recht kein taugliches Argument

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

für unser Agieren im Bundesrat bezüglich der Kleingruppenhaltung von Legehennen. Gerade vor dem Hintergrund der Vogelgrippe müssen für die Freilandhaltung von Geflügel Formen und Bedingungen gefunden werden, die einerseits ein Einschleppen von Vogelgrippe sicher verhindern, andererseits aber die Vorteile einer Außenhaltung erhalten. Ihr Antrag mag gut gemeint sein, werde Kollegen der CDU,

(Egbert Liskow, CDU: Er ist auch gut.)

aber gut gemeint ist eben noch lange nicht gut gemacht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Egbert Liskow, CDU: Gut genug.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Vizepräsidentin Holznagel von der Fraktion der CDU.

Renate Holznagel, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich denke, schon vor fünf Jahren waren wir uns inhaltlich sehr nahe in dieser Frage. Das ist auch deutlich. Hier möchte ich eine Pressemitteilung zitieren, die der Landwirtschaftsminister und Frau Schildt gemeinsam verfasst haben: „Einseitige nationale Verschärfung von EU-Mindeststandards oder Übergangsfristen gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft und leisten keinen Beitrag zum Verbraucherschutz.“ Dies ist nachzulesen in einer Pressemitteilung zum Thema „Boden- und Volierenhaltung darf kein Dogma haben“ aus dem Jahre 2001. Seitdem hat sich aber konkret und sachlich nicht viel getan. Zum Glück gibt es jetzt aber einen Bundesminister, der Seehofer heißt, und eine Koalition, die sich zu diesem Thema vereinbart hat.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, in der Koalitionsvereinbarung zwischen Union und SPD auf Bundesebene heißt es mit Recht: „Im Interesse der deutschen Landwirte und zum Schutz der Verbraucher treten wir für faire Wettbewerbsbedingungen in allen Regionen der Europäischen Union ein. Dazu gehören die EU-weite Harmonisierung von Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutzstandards auf möglichst hohem Niveau.“

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Die 1:1-Umsetzung des europäischen Rechts auch im Bereich der Legehennenhaltung ist für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Geflügelwirtschaft zwingend notwendig. Der Druck durch die Geflügelpest kommt zu diesen Tatsachen dazu. Und, meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal deutlich: Jetzt zu sagen, das können wir nicht mit in Betracht ziehen – wir müssen es mit in Betracht ziehen, denn gerade der Druck dieser Tierseuche setzt die Prämissen völlig anders. Meine Damen und Herren, hier dürfen wir nicht wie die Sträube den Kopf in den Sand stecken.

Die europäische Richtlinie lässt drei verschiedene Haltungssysteme zu: die Alternativsysteme, das sind zum Beispiel die Boden- und Freilandhaltung, zweitens die herkömmlichen Käfige und drittens die ausgestalteten Käfige. Mit dem Auftreten der Vogelgrippe beziehungsweise der Geflügelpest ist eine Freilandhaltung in unabsehbarer Zeit nicht mehr möglich. Das muss man deutlich

sagen und auch zur Kenntnis nehmen. Die Bodenhaltung ist aus hygienischer Sicht und auch bei dem Auftreten von Kannibalismus eingeschränkt und nicht in der Lage, die Freilandhaltung zu ersetzen, meine Damen und Herren. Der herkömmliche Käfig trägt den Ansprüchen des Tiereschutzes nicht ausreichend Rechnung. Das möchte ich auch noch einmal deutlich unterstreichen. Was bleibt, ist also der ausgestaltete Käfig. Dieser trägt unter anderem mit einer Gruppengröße von 60 Legehennen dem vom Ethnologen beschriebenen Omnibuseffekt Rechnung. Das heißt, dass in größeren Gruppen sich die Tiere die Flächen als verhaltensgerechte Ruhe- und Aktivitätsräume erschließen können.

Also ich muss noch einmal deutlich sagen, die Haltungsbedingungen haben sich hier wesentlich verbessert. Jede Legehennen soll in diesem ausgestalteten Käfig mindestens eine Fläche von 800 Quadratzentimetern, bei einem Durchschnittsgewicht von mehr als zwei Kilo möglichst eine Fläche von 900 Quadratzentimetern zur Verfügung haben. Für jeweils mindestens zehn Legehennen soll demzufolge eine zusätzliche Fläche von 2.000 Quadratzentimetern nutzbar sein.

Sie haben bereits durch meine Kollegin gehört, wie diese Volieren ausgestattet sein können und müssen. Wir müssen diese positiven Haltungsbedingungen deutlich machen, meine Damen und Herren, um von den ideologischen und sachlichen Ausführungen der in dieser Richtung agierenden Tierschützer, die durch Frau Künast den richtigen Rückenwind erhalten haben, wegzukommen. Diese Bilder der schrecklichen Käfighaltung müssen aus den Köpfen, vor allen Dingen bei den Großstädtern.

Meine Damen und Herren, ferner wollen die Länder eine Regelung treffen, dass bis zum 31. Dezember 2008 mindestens 50 Prozent der Legehennen in Deutschland auf alternative Haltungssysteme umzustellen sind. Dies alles sind meines Erachtens ausreichende Bedingungen für eine tierartgerechte Haltung von Legehennen. Weshalb die SPD bei den zurückliegenden Abstimmungen im Bundesrat zu dieser Thematik immer wieder umgefallen ist, vermag ich hier nicht zu sagen, denn inhaltlich und fachlich, haben wir gehört, waren wir uns sehr einig. Vor diesem Hintergrund kann sich meine Fraktion auch nicht auf die Aussagen einzelner Mitglieder der SPD-Fraktion verlassen, dass hinter den Kulissen bereits an der Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Bereich der Legehennen gearbeitet wird. Auch muss das hier, denke ich, öffentlich getan werden, denn wir wissen um die Brisanz der öffentlichen Aussagen. Und wir haben auch aus der Aktuellen Stunde deutlich vernommen, wenn die Öffentlichkeit hier nicht mitgenommen wird, kann uns das wieder auf die Füße fallen.

Verbindliche Aussagen des Landwirtschaftsministers zu dieser Thematik gibt es leider auch nicht. Ich meine jetzt wirklich öffentlich dargestellte Aussagen. Dieser Antrag soll dazu dienen, dem Minister den Rücken zu stärken, ich sage es noch einmal deutlich, damit er auch in der Öffentlichkeit die entsprechenden Aussagen treffen kann. Auch hier brauchen wir notwendig die Öffentlichkeitsarbeit.

Herr Präsident, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Sie müssen sich letztendlich entscheiden, ob Sie für den ausgestalteten Käfig, wie ich ihn bereits beschrieben habe, oder gegen den ausgestalteten Käfig sind. Die Entscheidung gilt es dann auch öffentlich vor den Tierschützern zu vertreten. Sie können nicht nach dem Motto verfahren: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht

nass!“ Aus diesem Grunde fordere ich Sie auf, dem vorliegenden Antrag meiner Fraktion zuzustimmen. Und die Aussage, dass Sie schon viel weiter sind, kann uns hier nicht weiterhelfen. Es muss so sein, dass jeder Bürger und jede Bürgerin in unserem Land genau weiß, was wir mit diesem Thema wollen, und auch genau weiß, dass wir hier sehr gute tierartgerechte Bedingungen für unsere Geflügelhaltung haben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Holznagel.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Monegel. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Hannelore Monegel, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Holznagel, wenn es Ihnen darum geht, das Thema öffentlich zu machen, denke ich, gibt es sehr viele andere Möglichkeiten.

(Egbert Liskow, CDU: Aber hier ist die beste.)

Da müssen Sie sich mal Ihren Antrag anschauen. In diesem Antrag sagen Sie aber nicht, dass Sie die Öffentlichkeit informieren wollen, sondern Sie fordern die Landesregierung zum Handeln auf. Deswegen kann ich es mit diesem Antrag im Namen der SPD-Fraktion kurz machen: Ablehnung!

(Egbert Liskow, CDU: Warum denn das schon wieder?)

Und nicht, weil wir gegen Kleinvolieren sind, sondern im Gegenteil,

(Egbert Liskow, CDU: Weil ihr gegen alles seid.)

wir lehnen diesen Antrag ab, weil wie gesagt – und das haben Sie schon richtig erkannt – der Arbeitsstand auf Bundes- und Landesebene ein anderer ist.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Die Finanzministerin hat im Namen des Landwirtschaftsministers das hier ausgeführt.

Gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen ist unser Landwirtschaftsministerium federführend bei der Erarbeitung der jetzt vorliegenden Papiere tätig gewesen. Und im Interesse der Sache, dass dieses Papier eine schnelle Umsetzung erfährt, müssen wir dafür sein, dass wir natürlich diesen Prozess weiterverfolgen, aber es steht auch fest, dass wir hier Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat haben. Ich denke, sie ist jetzt mehrheitsfähig, die Kleinvoliere, ohne ideologische Verbrämung, und Sie wollen nun die Landesregierung noch einmal auffordern, in diesem Rahmen tätig zu sein. Der Dichter sagt: Spät kommt ihr, aber ihr kommt.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Allein der weite Weg entschuldigt das schon. – Heiterkeit bei Udo Timm, CDU)

Ich denke, um die notwendigen Investitionen, die in diesem Rahmen der Umstellung jetzt notwendig wären, abzusichern, ist es für die Geflügelhalter sehr wichtig, diese Sicherheit auch zu bekommen. Wenn man bedenkt, dass ungefähr 10 Euro pro Legehennen notwendig sind, um den Umbau zu vollziehen, und man rechnet damit, wenn es tatsächlich ein Neuaufbau ist, ein grundlegender Aufbau für die Geflügelhalter, dass es sogar 20 Euro pro

Legehenne werden, dann wissen wir, da steht ein Investitionsvolumen dahinter,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

mit dem auch die Banken mitgehen müssen. Und da nützt es nichts, wenn wir jetzt noch einmal hier eine Debatte vom Grunde her anfachen, sondern wir müssen die Sicherheit ausstrahlen, dass diese Kleinvoliere, wie wir sie alle richtig empfunden haben in der Vergangenheit und sie jetzt auch durchsetzen, so kommt.

Deswegen noch einmal: Wir hatten Ihnen empfohlen, den Antrag möglichst zurückzuziehen. Sie haben es nicht getan, deswegen beantrage ich Ablehnung. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Monegel.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Wien. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist weder Frühling noch ist Ostern,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

ich weiß eigentlich immer noch nicht so richtig, was dieses Eierthema

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

jetzt im Moment hier auf der Tagesordnung soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wir haben ja bald Ostern.)

Mit viel Mühe ist es mir dann doch erstaunlicherweise noch gelungen, drei Merkmale herauszufinden. Das erste Merkmal – der Antrag ist doch erstaunlich dürr – ist einmal der Auftrag selbst und zweitens die Begründung. Also die Schleifen waren hier von Ihnen beiden immerzu heftig zu hören, immer ein bisschen das Gleiche.

(Zurufe von Lorenz Caffier, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Das zweite Merkmal ist, es wurde einfach aus der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU im Bund abgeschrieben. Und das dritte Merkmal ist – das wurde auch schon mehrfach genannt –, der Antrag kommt einfach zu spät, denn der Agrarminister, den wir als sehr rührig kennen,

(Egbert Liskow, CDU: Das hab ich jetzt nicht verstanden.)

in jeder Hinsicht, hat natürlich auch mitbekommen, dass zum 01.01.2007 die entsprechende Nutztierhaltungsverordnung abläuft und dann gehandelt werden muss. Das hat er schon getan. Ich glaube, sogar Frau Schlupp selbst hat es gesagt, nämlich 2004 im Bundesrat und 2005 auf der Agrarministerkonferenz in Bielefeld. Das ist alles nachlesbar, Sie haben es offensichtlich sogar auch getan. Und dort wurde einfach schon entsprechende Vorarbeit geleistet. Auch Ihnen ist bekannt, man braucht, um etwas durchzubringen, einfach immer Mehrheiten.

(Renate Holznagel, CDU:
Er hat sich nicht durchgesetzt.)

Ja, das ist immer das Problem.

(Renate Holznagel, CDU: Er hatte die Mehrheit. Er hätte das mitgestalten können.)

Es ist jetzt hier endlich ein Kompromiss gefunden worden, denn natürlich ist es ein Kompromiss zwischen den Tierschützern und den Geflügelhaltern. Und wir wollen uns doch nichts vormachen, wenn wir zu heftig an die ganze Sache herangehen und ausschließlich nur im Sinne des Tierschutzes agieren, was wir natürlich gern tun würden, dann werden bei dem Stand der Globalisierung einfach unsere Frühstückseier nicht mehr in Deutschland hergestellt. Ich glaube, Frau Schlupp hatte es gesagt, dann werden einfach in die jetzigen 550 Quadratzentimeter großen Käfige noch zwei Hühner hineingestopft, irgendwo weiter gen Osten oder wo wir es nicht mehr sehen.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Der Agrarminister kennt diese Problematik

(Renate Holznagel, CDU:
Das ist ein Antrag von Ihnen.)

und genau deshalb ist er schon aktiv geworden.

(Renate Holznagel, CDU: Aber er hat nicht zugestimmt. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das geht in die falsche Richtung.)

Nein, er ist nicht in der falschen Richtung aktiv geworden,

(Egbert Liskow, CDU: Sie eiern ganz schön herum. – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

sondern in der Richtung des Kompromisses. Darüber sind wir froh und da schließe ich mich jetzt einfach Frau Monegel an, wir lehnen natürlich auch diesen Antrag als ein populistisches Ei ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Wien.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2123. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön.

(Egbert Liskow, CDU: Die Eierfreunde. – Lorenz Caffier, CDU: Das gibt ein Ei mehr.)

Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2123 bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Bundesautobahn A 14 finanziell absichern, auf der Drucksache 4/2128.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Bundesautobahn A 14 finanziell absichern
– Drucksache 4/2128 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Strenz. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Karin Strenz, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine werten Kolleginnen und Kollegen! Widersprüchlicher könnten die Meldungen im Moment kaum sein. Während die „Norddeutschen Neuesten Nachrichten“ am 24. Februar unter der Überschrift „Im März geht's los“ den Baustart für die A 14 vermelden, heißt es rund anderthalb Wochen später bei uns in der SVZ „Ringeln um Geld für die Autobahn 14“. Der Sprecher der Bürgerinitiative Christian Rosenkranz warnt mit den Worten „Keine faulen Kompromisse“.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Recht hat er.)

Worum geht es, meine Damen und Herren? Die A 14 steht im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes. Nun wissen wir spätestens seit der Äußerung des SPD-Bundestagesabgeordneten Herrn Hans-Joachim Hacker, dass es sich beim Bundesverkehrswegeplan nicht um ein Gesetz, sondern um einen Plan, also eine Absichtserklärung handelt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
So heißt er ja auch.)

Genau genommen hat er den Bundesverkehrswegeplan als politisches Bekenntnis bezeichnet.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Na ja, ein bisschen mehr ist er ja schon.)

Richtig ist, dass es in den nun folgenden Wochen und Monaten also konkret darum gehen wird, den Wettstreit mit anderen Vorhaben des Verkehrsbereichs in Deutschland zu gewinnen. Wir müssen jetzt alles tun, damit die Finanzierung sichergestellt und der frühestmögliche Baubeginn eingehalten werden kann. Aus diesem Grunde beraten wir heute den vorliegenden Antrag meiner Fraktion. Die Devise für die politisch Verantwortlichen heißt also jetzt, zu arbeiten und Einfluss geltend zu machen und nicht öffentlich zu verkünden, dass die ausreichende Finanzierung des Vorhabens in Frage gestellt ist oder in Frage gestellt werden könnte, denn es geht darum, die Verhandlungen im Bundestag und in der Bundesregierung zugunsten der A 14 zu beeinflussen. Wir fordern, dass dieses Parlament in Gänze ein klares Bekenntnis zur A 14 abgeben wird. Wir fordern die Landesregierung auf, alles zu veranlassen, damit der Bau der A 14 zeitnah begonnen werden kann.

Die Erfolgchancen von Wirtschaftsansiedlungen nämlich hängen nun einmal ganz direkt, wenn auch nicht ausschließlich, von der infrastrukturellen Ausstattung der konkurrierenden Standorte ab. Notwendigkeit und Bedeutung der A 14 sind deshalb unter Wirtschafts- und Verkehrsexperten absolut unstrittig. Zunehmende Verkehrsströme einerseits und die Anbindung von Mecklenburg-Vorpommern an den mitteldeutschen Wirtschaftsraum andererseits sind die entscheidenden Kriterien, die eine Befürwortung untermauern. Der Bau der A 14 zwischen Magdeburg und Mecklenburg ist ein dringend benötigter infrastruktureller Lückenschluss. Eine defizitäre Infrastrukturpolitik, die derartige Lücken zulässt, nimmt dem Wirtschaftsstandort Entwicklungschancen.

Und auch aus umweltpolitischer Sicht, Frau Kollegin Schwebs, würde mit dem Bau der A 14 einiges erreicht.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Wieso?)

Es ist doch so, dass heute vielerorts Umwege aufgrund fehlender Straßen oder schlecht ausgebauter Verkehrswege in Kauf genommen werden müssen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Aber nicht bei dem Verkehr auf der A 14.)

Die daraus resultierenden Staus erzeugen nicht nur unnötige Umweltbelastungen, sondern darüber hinaus auch volkswirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe.

Meine Damen und Herren, der Bürger, der für die Nutzung der Verkehrssysteme viel Geld bezahlt, erwartet von der Politik zu Recht, dass Lösungen für die bestehenden Mobilitätsprobleme geschaffen werden. Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern sind aber Infrastrukturdefizite leider immer noch Alltagswirklichkeit. Ich erinnere in diesem Punkt an die Anfragen meiner Kollegen Dr. Born und Andreas Petters zum verheerenden Zustand der Straßen und Brücken in unserem Land.

Zurück zur A 14. Nach erfolgtem Bekenntnis kommt es nun auf die Finanzierungsabsicherung der Autobahn an. In Berlin wird demnächst darüber entschieden, welche Verkehrsprojekte des Bundes in den kommenden fünf Jahren aus dem Verkehrswegeplan nun auch tatsächlich ausfinanziert werden. Mit vorgelegtem Antrag fordern wir die Landesregierung deshalb auf, wirklich alle Maßnahmen zu ergreifen, die einen Baubeginn der A 14 noch im Jahr 2007 gewährleisten.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Und aus diesem Grund erbitte ich gegen Ihre Gewohnheit heute ein einstimmiges Votum für dieses Projekt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Strenz.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten für die Landesregierung die Finanzministerin. Bitte schön, Frau Ministerin Keler, Sie haben das Wort.

(Egbert Liskow, CDU: Wo ist denn der Wirtschaftsminister?)

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme noch einmal gern auf den vorherigen Antrag zurück. Ist Ihnen aufgefallen, dass bei dem Legehennenantrag nur Frauen gesprochen haben?

(Egbert Liskow, CDU: Ja, die gackern.)

Wo ist eigentlich hier der Hahn gewesen?

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS –
Zurufe von Norbert Baunach, SPD, und
Dr. Armin Jäger, CDU – Heiterkeit
bei Sylvia Bretschneider, SPD,
und Egbert Liskow, CDU)

Aber kommen wir jetzt zu einem ebenso wichtigen Thema, zum Neubau der Bundesautobahn A 14. Ich denke, Frau Strenz, wir sind uns da vollkommen einig, das ist eines der wichtigsten Verkehrsprojekte in Deutschland und die A 14 wird eine Lücke in einer Hauptverkehrsachse schließen. Sie vervollständigt eine Verbindung, die mit dem Seeweg von Skandinavien beginnt und dann über die Häfen in Mecklenburg-Vorpommern weiter in Rich-

tung Tschechien reicht. Die Autobahn wird damit die neuen Bundesländer von der Ostseeküste über Schwerin, Magdeburg, Leipzig und Dresden bis nach Prag beziehungsweise nach Nürnberg und München verbinden. Dadurch werden auch die süd- und mitteldeutschen Wirtschaftsräume besser angebunden.

Bei der Vorbereitung und der Finanzierung des Baus der A 14 hat es bislang keine Probleme gegeben. Die Straßenbauverwaltung befindet sich voll im Zeitplan. Zeitungsberichte müssen nicht immer stimmen. Der aktuelle Sachstand bei der Realisierung der A 14 stellt sich wie folgt dar: Der Raumordnungsbescheid wurde im November 2004 erteilt, die Linienbestimmung durch das Bundesverkehrsministerium erfolgte im Jahr 2005. Zurzeit erarbeiten die drei beteiligten Bundesländer die Entwurfsplanung. Nach Fertigstellung der Planungsunterlagen sollen diese in 2007 dem Bund zur Genehmigung vorgelegt werden, dann folgt die Entwurfsplanung. Nach dem Abschluss der Entwurfsplanung wird in einem etwa einjährigen Planfeststellungsverfahren das Baurecht geschaffen.

Aus diesem Sachstand ist leicht ersichtlich, dass der CDU-Antrag ins Leere läuft und zeitliche Abläufe falsch dargestellt wurden. Zunächst einmal: Bau und Finanzierung sind Angelegenheit des Bundes. Das Land ist in dessen Auftrag tätig. Der Deutsche Bundestag hat bereits im Jahr 2004 über die Finanzierung der A 14 abschließend beraten und diese positiv beschlossen, denn die Strecke wurde in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Innerhalb des vordringlichen Bedarfs gehört die A 14 bereits zu den laufenden und fest disponierten Vorhaben. Damit ist die Finanzierung durch den Bund gewährleistet. Es ist dann nur noch die Frage, in welchen Jahresscheiben das in den Haushaltsplan eingestellt wird.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie fordern die Landesregierung in Ihrem Antrag auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit ein Baubeginn im Jahr 2007 gewährleistet werden kann.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU:
Das macht er doch gerne.)

Ach, Herr Liskow!

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das macht er doch gerne.)

Wie eben dargestellt sollen im Jahr 2007 die Planungsunterlagen dem Bund zur Genehmigung vorgelegt werden, dann folgen die weiteren Verfahrensschritte. Ein Baubeginn im Jahre 2007 war deshalb auch nie vorgesehen.

(Egbert Liskow, CDU: Ach so!)

Auch die Forderung der CDU, die Landesregierung möge den Landtag bis zum 10. Mai 2006 über den Stand des Planfeststellungsverfahrens informieren, ist hinfällig. Das Planfeststellungsverfahren hat, wie eben dargestellt, noch gar nicht begonnen. Deshalb kann darüber auch noch nicht berichtet werden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, der Antrag der CDU-Fraktion zur Bundesautobahn A 14 basiert auf sachlich falschen Annahmen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich bitte deshalb den Landtag, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Egbert Liskow, CDU: Das
geht doch besser und schneller.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt haben wir die
Landesregierung besser eingeschätzt,
als sie ist. – Egbert Liskow, CDU:
Jetzt bin ich ein bisschen enttäuscht.)

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Als Abgeordnete aus dem Landkreis Ludwigslust ist für mich der Bau der A 14 ein besonderes Anliegen, aber in erster Linie ist die Realisierung dieses Verkehrsprojektes für das ganze Land Mecklenburg-Vorpommern von wichtiger Bedeutung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich möchte sagen, nach Fertigstellung der A 20 ist es nun wohl das wichtigste Verkehrsprojekt auf unserem Territorium.

Einige hier im Saal, die nicht gerade in der Nähe einer Autobahn wohnen, aber jeden Tag zig Kilometer zum Arbeitsplatz und von dort zurückfahren, können vielleicht nachvollziehen, was sich auf den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, deren Zustand sich auch nicht gerade verbessert, hier zu Lande abspielt. Sonntag 22.00 Uhr geht das Elefantenrennen, wie man die sich zu diesem Zeitpunkt in Bewegung setzende Lkw-Kolonnen auch bezeichnet, los und unter der Woche ist man dann zeitweilig im Kriechgang unterwegs, weil sich Lkw an Lkw reiht, selbstverständlich in beiden Richtungen. Gewollt sein kann das eigentlich nicht, denn die Autobahnen sollen große Verkehrsströme schnell und effizient von A nach B lenken.

In Westmecklenburg gibt es ein Stück Autobahn A 24, dann die circa 24 Kilometer der A 241 und ein paar Kilometer der A 20 von Wismar bis an die Landesgrenze nach Schleswig-Holstein. Alles in allem sind das circa 100 Kilometer. Das ist nicht so wahnsinnig viel und dazwischen gibt es nichts, höchstens noch mehrspurige Schnellstraßen als Umgehung größerer Orte.

Nebenbei gesagt freut es mich, dass bei der A 241 mit der Planfeststellung für das Reststück, das irgendwann in der A 14 aufgehen soll, endlich wieder Bewegung in die Sache gekommen ist.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Noch mehr wird es uns freuen, wenn das Planfeststellungsverfahren zur A 14 durchgelaufen und abgeschlossen ist. Dann kann nämlich gebaut werden und je eher, umso besser.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, bei dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion geht es um ein – optimistisch formuliert – gemeinsames Votum des Landtages,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das
wollten wir gerne so haben.)

denn der Bundesverkehrswegeplan ist kein Finanzierungsplan. Ich bin eigentlich nun schon gar nicht mehr gespannt darauf, wie sich die Koalitionsparteien hierzu positionieren. Ich wüsste nicht, was unsererseits daran populistisch sein könnte.

(Egbert Liskow, CDU: Wer ist hier populistisch?)

Uns ging es um eine gemeinsame Position für eine schnelle Realisierung und die entsprechende finanzielle Untersetzung der Straßenbaumaßnahmen, die die Städte Magdeburg, Wittenberge, Ludwigslust und Schwerin als bald verbinden sollen.

Die A 14 ist ein Thema, das vor Ort brennend interessiert. Beleg dafür ist unter anderem das vielfältige Engagement der Bürgerinitiativen, und das nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch in Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Die Namen der Bürgerinitiativen ähneln sich, die Forderungen aber sind die gleichen. Sie fordern alle von der Bundesregierung die zügige Realisierung dessen, was im Bundesverkehrswegeplan als vordringliche Maßnahme festgeschrieben worden ist, den zügigen Bau der A 14. So übergaben beispielsweise die Vertreter der Bürgerinitiativen „BASTA 14 Osterburg“, „BASTA 14 Stendal“, die Initiativbewegung „Wittenberge A 14“ und die „BAFA 14“ bereits am 14. Mai 2002 in Berlin dem damaligen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Herrn Stefan Hilsberg, ihre gemeinsame Position für eine schnelle Realisierung der A 14. Mehr als 71.000 Unterschriften wurden für den Bau der A 14 gesammelt, zehntausende Unterschriften, die ein immenses positives Engagement der Bürgerinnen und Bürger aus dem Länderdreieck Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg ausdrücken.

Meine Damen und Herren, der Fortschritt des Ausbaus der Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern, wie in allen ostdeutschen Bundesländern seit 1990, war gewaltig. Aber es gibt auch Infrastrukturdefizite. Der fehlende Lückenschluss des Autobahnnetzes mit der A 14 ist ein solches. Durch den Lückenschluss eröffnen sich neue Chancen für die Wirtschaft der tangierten drei Bundesländer. Auch im Hinblick auf die EU-Osterweiterung wird die Nordverlängerung der A 14 von Magdeburg nach Schwerin gefordert. Die neuen Bundesländer sind von der Grenzlage ins Zentrum Europas gerückt und zum Drehkreuz zwischen West und Ost geworden. Diesen neuen Verkehrsströmen muss Rechnung getragen werden. Die geplante Verlängerung nach Norden ist über Stendal, Wittenberge und Ludwigslust bis zum Dreieck Schwerin geplant. Dort kreuzen sich später die A 24 und die A 14. Wie viele Anschlussstellen es geben wird, ist noch unklar – logisch, denn dies ist eine Kostenfrage. Der Bundestagsabgeordnete Hacker hat die schwierige Finanzsituation in den Medien deutlich gemacht, insbesondere weil Mecklenburg-Vorpommern nicht allein die Hände zur Finanzierung seiner Verkehrswege aufhält.

Was mir immer nicht in den Kopf will, ist, dass der Bund seit einiger Zeit Einnahmen durch die Autobahnmaut für Lkw erzielt. Rein theoretisch sollte die Maut zur Unterhaltung dieser Verkehrswege verwendet werden. Was damit jedoch wirklich finanziert wird, entzieht sich meiner Kenntnis,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Genau wie die Ökosteuer zum ökologischen Umbau nicht genutzt wird.)

aber ich bin auch nicht so sehr Finanzpolitikerin.

(Zuruf von Detlef Müller, SPD)

Fakt ist, dass wir viel Zeit verschwenden, wenn wir es unversucht lassen, einen frühestmöglichen Baubeginn sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, dass die A 14 für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Landes Mecklenburg-Vorpommern eine wichtige Bedeutung hat, wird durch die folgenden Eckpunkte – sie sind auch im Bundesverkehrswegeplan unter erste Priorität gesetzt – deutlich:

Es geht in der Konsequenz um die Frage, ob wir einerseits bestehende Unternehmen und die maritimen Standorte, also die Häfen, an die mitteldeutsche Industrieregion anbinden und damit Arbeitsplätze sichern, und andererseits darum, potenziellen Investoren mit gut ausgebauter Infrastruktur ein weiteres wichtiges Argument für den Standort Mecklenburg-Vorpommern zu bieten. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte Grund genug sein, dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion Ihre Zustimmung zu geben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Frau Kollegin Strenz, bei so viel weiblichem Charme bei der Antragseinbringung fällt es mir natürlich schon schwer,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

mich hier vorne hinstellen und zu sagen, ...

(Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Das würde ich bei Ihnen auch sagen, Frau Gramkow, mindestens das Gleiche.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich meine, kurz vor dem Wochenende soll es einem ja gegönnt sein.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Vor diesem Wochenende.)

Ja, vor diesem Wochenende, das ist richtig.

Aber, sehr geehrte Kollegen, Charme ist nicht alles.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Deswegen tut es mir nun Leid, ...

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das ist eine ganze Menge, das ist richtig.

(Zurufe von Maika Friemann-Jennert, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Deswegen tut es mir Leid, dass ich Ihnen gleich am Anfang meiner Rede die Mitteilung machen muss, dass wir von Seiten der SPD-Fraktion ...

(Egbert Liskow, CDU: Parteiauftrag.)

Ja, das mag alles sein.

... diesen Antrag ablehnen werden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich kann das auch begründen, Herr Kollege Jäger.

(Lorenz Caffier, CDU: Herr Kollege Hacker würde durchdrehen!)

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Caffier, ...

(Lorenz Caffier, CDU: Der konnte aber Ringstorff auch noch nie leiden.)

Herr Caffier, lassen Sie mich doch wenigsten ausreden. Wir können uns hinterher vielleicht gemeinsam amüsieren

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

und gehen draußen einen Kaffee trinken. Ich lade Sie dazu ein.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Oi! Erst baggert er unsere Mädels an und jetzt lädt er uns zum Kaffee ein.)

Das ist Gleichberechtigung, darüber muss man sich auch im Klaren sein.

Der Unterschied zwischen den Ausführungen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, und dem, was ich Ihnen jetzt sagen werde, ist, dass die inhaltlichen Argumente für Ihren Antrag natürlich nicht vorhanden sind. Deswegen traf ich am Anfang die Aussage, dass Charme nicht alles ersetzt. Es ist gar nicht die Frage, dass sich sämtliche Mitglieder dieses Landtages und auch weit darüber hinaus einig sind, dass die Bundesautobahn A 14 und die Verlängerung der A 241 für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes erforderlich sind. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, haben wir hier im Landtag schon darüber gesprochen. Der Wirtschaftsminister hat es des Öfteren wiederholt und wird es wahrscheinlich auch in Zukunft sagen, der Ministerpräsident hat es gesagt und Ihr Landesvorsitzender wird es möglicherweise auch schon gesagt haben. Daran ändert sich doch nichts.

(Egbert Liskow, CDU: Na, dann helft doch!)

Der springende Punkt ist doch der: Wofür brauche ich den Antrag? Kommen wir doch einmal auf die Fakten zurück. Es wird in der NNN zitiert, ich habe es selber nicht gelesen, aber ich möchte das gerne glauben, dass es im März mit der A 14 losgehe. Wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe, dann bezieht sich das auf einen Spatenstich in Sachsen-Anhalt. Wir wollen doch einfach einmal feststellen, welche politische Situation wir in Sachsen-Anhalt haben. Da sind, glaube ich, dieses Jahr, besser gesagt diesen Monat, Landtagswahlen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es soll ja nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern auch in anderen Bundesländern immer wieder beliebt sein, dass man dann Spatenstiche macht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na, das machen wir doch. – Egbert Liskow, CDU: Das ist genau wie bei uns.)

Ob das jedoch immer etwas mit der weiteren Entwicklung zu tun hat, das möchte ich einmal dahingestellt sein lassen. Ich gehe davon aus, wenn Sie in Sachsen-Anhalt in der Opposition wären, wäre das Erste, was Sie gesagt hätten, dass das nur zu Wahlkampfzwecken da wäre.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nö, nö! – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Aber das können Sie ja dann Ihren Kollegen in Sachsen-Anhalt sagen. Der entscheidende Punkt an der ganzen Sache ist, ...

(Lorenz Caffier, CDU: Frau Keler wird schon immer ganz blass, wenn Otto wieder mit der Schere loszieht.)

Herr Caffier, hören Sie mir doch wenigsten einen Moment zu, dann können Sie doch hinterher weiter rumbölen!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der entscheidende Punkt ist doch, der vordringliche Bedarf des Bundesverkehrswegeplans ist nicht einfach nur eine Wunschliste, sondern eine Anlage zum Bundesverkehrswegegesetz. Das ist ein Gesetz, das durch den Bundestag beschlossen wurde. Deswegen kann man sich nicht hier hinstellen und sagen: Ich tue einfach so, als wenn da was aufgenommen worden ist.

(Egbert Liskow, CDU: Aber Ihr stellt doch auch immer Forderungen an die Bundesregierung. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Herr Liskow, wir kommen beim nächsten Tagesordnungspunkt noch zu Forderungen an die Bundesregierung. Das wird noch interessant, denn da können wir auch einmal über die Finanzmittel des Bundes sprechen.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Und was sage ich jetzt am Wochenende meinem Kollegen Hacker? Das sagen Sie mir mal! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber um hier auf den Punkt zu kommen – Frau Finanzministerin Keler hat es hier in Vertretung für den Wirtschaftsminister dargelegt –, die Planung läuft, die Finanzierung ist dadurch, dass es in den Bundesverkehrswegeplan als vordringlicher Bedarf aufgenommen worden ist, gesichert. Was natürlich immer klar sein muss, es müssen dafür Haushaltsmittel des Bundes vorhanden sein. Das ist keine Frage, denn das ist im Bund nicht anders als im Land.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Man muss nur wollen.)

Und da wir nun selber festgestellt haben, dass nicht nur die Planung, sondern tatsächlich auch die Spatenstiche – und das ist bei manchen Verkehrsvorhaben das Wichtigste – schon vorgenommen worden sind, können Sie doch davon ausgehen, dass auch weitergebaut wird.

Zum Zeitablauf, Frau Ministerin Keler hat ihn hier dargelegt, gibt es im Grunde nichts mehr hinzuzufügen. Ich möchte Ihnen zum Schluss vielleicht nur noch einen Rat geben. Es ist ein Zitat von Herrn Kafka, der einmal gesagt hat: „Verbringe nicht die Zeit mit der Suche nach einem Hindernis: vielleicht ist keines da.“ In diesem Sinne hätten Sie sich vielleicht vorher überlegen müssen, ob Sie Ihren Antrag tatsächlich stellen. Das, was hier beantragt worden ist, ist Schaulaufen, das ist im Endeffekt schon die Vorbereitung des Landtagswahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern. Hier werden Probleme aufgezeigt, die gar nicht existieren, um hinterher Lösungen anzubieten, die auch keine Lösungen sind. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schulte.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Schwebs. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Egbert Liskow, CDU: Jetzt kommen die Autobahnfreunde.)

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen der Finanzministerin und des Kollegen Schulte von der SPD-Fraktion kann ich meine Ausführungen ganz kurz halten. Die Fraktion der Linkspartei.PDS lehnt den Antrag der CDU ab, weil wir seine Notwendigkeit nicht erkennen können. Ich möchte das mit ein paar Worten begründen:

Natürlich sind wir in den neuen Bundesländern dank des Verkehrswegebeschleunigungsgesetzes daran gewöhnt, den Bau von Fernstraßen und Autobahnen zügig durchzubringen. Die Planung und der Bau der A 20, der A 241 hätten sonst wohl die üblichen 20 und mehr Jahre benötigt. Daraus aber abzuleiten, dass die Planung und der Baubeginn für die A 14 auf dem Gebiet von Mecklenburg-Vorpommern gefährdet seien, ist weit hergeholt. Wir sehen dieses Vorhaben nicht als gefährdet an. Die A 14 steht im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes und ihre Finanzierung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt gesichert. Und was in zwei Jahren und in fünf Jahren mit den Finanzen sein wird, können wir heute sowieso noch nicht sagen.

Die Bundesautobahn A 14 liegt voll im Zeitplan. Mecklenburg-Vorpommern hat seine Hausaufgaben gemacht. Das Raumordnungsverfahren wurde durch das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung vorzeitig abgeschlossen. Und wer den Ablauf von solchen großen Bauvorhaben kennt, der weiß, dass eine vorzeitige Realisierung unrealistisch ist, und zwar nicht nur in finanzieller Hinsicht.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Gerade bei der A 14, die in weiten Abschnitten um unsere Landesgrenze herum durch ein ökologisch sensibles Gebiet führen soll, sind sorgfältige Umweltverträglichkeitsprüfungen unabdingbare Voraussetzung und absolute Notwendigkeit, um die Auswirkungen der A 14 auf die Umwelt genau zu bewerten, zu minimieren. Vor allen Dingen sind sie notwendig, um gerichts feste Planungen zu erhalten. Aber diese brauchen Zeit, Zeit, die gesetzlich vorgegeben ist und von den Trägern der öffentlichen Belange auch benötigt wird. Sonst organisiert man sich selbst jahrelange berechnete Verzögerungen. Ich bin der Meinung, die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben bisher gemacht und sie wird es auch weiterhin tun. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Thomas Schwarz, SPD: Jawohl, Frau Schwebs.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schwebs.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2128. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön.

Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2128 bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU sowie Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS mit einer Enthaltung aus der Fraktion der SPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, auf Antrag der Fraktion der CDU findet eine außerordentliche Sitzung des Ältestenrates statt. Ich unterbreche die Sitzung für 15 Minuten und bitte den Ältestenrat ins Sitzungszimmer.

Unterbrechung: 10.39 Uhr

Wiederbeginn: 10.57 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich eröffne die unterbrochene Sitzung des Landtages wieder.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Eurorapid für Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/2127.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Eurorapid für Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/2127 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, insbesondere Kollege Ritter! Ich hoffe, Sie hören es draußen, das ist wieder das Thema, was Sie besonders umtreiben sollte.

103 Jahre, Frau Kollegin Gramkow, ist es mittlerweile her, als mit der Unterzeichnung ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Aber da kann ich nichts für, ne?! – Heiterkeit
und Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Nein, nein. Aber, Frau Kollegin, wir ...

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Mal sehen, ob ich heute noch was dazulernen kann.)

Ach ja, Herr Kollege Ritter.

103 Jahre ist es mittlerweile her, als mit der Unterzeichnung durch das Deutsche und das Osmanische Reich die Voraussetzungen für den Bau der Bagdadbahn geschaffen worden sind. Verkehrspolitische Visionen waren es, die damals von deutschem Boden ausgegangen sind

(Zurufe von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS,
und Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS)

und im Ergebnis Berlin direkt mit dem Osmanischen Reich verbunden haben. Angeordnet vom Kaiser, finanziert von der Deutschen Bank, gebaut von Philipp Holzmann und bewegt von Borsig Lok aus Tegel.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das waren noch Helden. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Ja, das waren noch Helden. Da gab es noch mutige Entscheidungen und Politiker, die ihre Visionen auch umsetzten, die vor allen Dingen überhaupt Visionen hatten.

(Beifall Dr. Henning von Storch, CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ich glaube, da gab es noch gar keine Politiker.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch heute erreichen Sie auf fast 100-jährigen Schienen aus Kruppstahl Ihr Ziel.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Aber auf Schienen, nicht schwebend, auf Schienen!)

Sehr wohl, Herr Ritter, auf Schienen,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

wenn auch mit mehrmaligem Umsteigen, aber es klappt. Abfahrt: Samstag, 9.47 Uhr am Berliner Ostbahnhof, Ankunft: Bagdad, Hauptbahnhof, Donnerstag, 7.15 Uhr.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Norbert Baunach, SPD: Ausschussreise!)

Also, Abfahrt Samstag, Ankunft Donnerstag 7.15 Uhr. Schneller,

(Heinz Müller, SPD: Nach Bagdad!)

verehrte Kolleginnen und Kollegen, ginge es sicherlich mit einem Magnetschwebetransportsystem,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das ist unbestritten.)

Ihnen bekannt unter dem Namen „Transrapid“.

Aber wie mit dieser verkehrstechnischen Innovation in Deutschland des 21. Jahrhunderts umgegangen wird, konnten wir ja erst kürzlich wieder den Gazetten entnehmen, ich muss vor allem sagen, wie hier in Mecklenburg-Vorpommern damit umgegangen wird, wo ja alles manchmal etwas später geschieht. Unglaublich kann man das vielleicht nennen, was viele von uns gedacht haben mögen, als sie am 8. Februar die Zeitung aufgeschlagen haben, jedenfalls denkwürdig, würde ich sagen. So war beispielsweise in der „Welt“ zu lesen, ich zitiere: „Die Regierungschefs der fünf norddeutschen Bundesländer“, auch unser Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff, „haben sich bei Bundeskanzlerin Angela Merkel ... für eine Transrapid-Strecke in Norddeutschland stark gemacht.“

Ich hoffe, Sie haben das vorher gründlich beraten. Ich freue mich deshalb sehr, Herr Ritter, dass das das Ergebnis Ihrer Überlegungen ist, dass der Ministerpräsident das jetzt auch so vortragen kann,

(Beifall Michael Ankermann, CDU – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ich bin nicht die Zofe des Ministerpräsidenten, Herr Dr. Born.)

denn er ist nicht nur der Ministerpräsident dieses Landes,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ministerpräsidenten sind selbstständige Wesen.)

sondern er ist auch der oberste Repräsentant Ihrer gemeinsamen Koalition.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das ist wohl wahr.)

Eine Streckenführung von Amsterdam über Groningen nach Hamburg steht zunächst im Mittelpunkt des Interesses der Nordländer, heißt es in einem Schreiben des Schweriner Ministerpräsidenten Harald Ringstorff an die Bundeskanzlerin.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Und hat sie schon geantwortet?)

Ja.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Und übernimmt sie die Finanzierung? – Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Sie hat im Gegensatz zu Ihnen, Kollege Ritter, von Anfang an die einmalige Chance erkannt, die in dieser Zukunftstechnologie nicht nur für Deutschland besteht, sondern gerade auch für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb hat sie immer wieder gefordert, dass wir diese Chance nutzen müssen.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Das steht aber nicht im Brief. – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Und sie finanzieren das auch?)

Deshalb ist es sehr erfreulich, dass der Ministerpräsident das jetzt auch aufgreift.

Wer sich einmal die Mühe macht, die Parlamentsdatenbank des Landtages zu verwenden – das ist ja auch moderne Technologie –, der wird bei Eingabe der Suchbegriffe „Transrapid“ beziehungsweise „Eurorapid“ rund 30 Treffer erzielen. Durch eine Vielzahl der Dokumente, vor allem die Reden zu den Anträgen der CDU-Fraktion, zieht sich wie ein roter Faden, was sollte es auch sonst sein, die Position des Herrn Ministerpräsidenten zu der genannten Magnetschwebetechnik.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Rote Falle, das würde besser passen. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Also wenn ich Rot und Dunkelrot zusammenbringe, kriege ich doch nicht Orange dabei heraus.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Nein, Tiefrot.)

Es muss doch an dieser Stelle noch einmal nachdrücklich gesagt werden, dass der Stopp des Projektes,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Sehr vernünftig war.)

das ja schon vor der Realisierung stand,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Na, na, na, na!)

maßgeblich dem Einsatz unseres Ministerpräsidenten und der gesamten Koalition von SPD und PDS zu verdanken ist,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Das war eine sehr weise Entscheidung.)

also sozusagen der negativen Energie zu verdanken ist, die in ihrem Koalitionsvertrag 1998 die entsprechende Ablehnung sogar fixiert hat.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ja, clever! – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Tja!)

Das heißt, man kann hier sehen, wie schädlich negative Energie ist, dass sie selbst sinnvollste Projekte blockieren kann.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Alles, was aus Ihrer Sicht sinnvoll ist, muss ich ja nicht übernehmen.)

Wenn man Energie falsch einsetzt, dann kann man selbst als Mitglied dieses Landtags großen Schaden anrichten. Das ist Ihnen leider gelungen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
 Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ja,
 da würde ich eine Klage empfehlen. –
 Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
 Sie haben großen Schaden angerichtet. –
 Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
 Klagen Sie mich an!)

Nun will ich dem Herrn Ministerpräsidenten gerne zustehen, dass er sich gegenüber seinen sonstigen Gepflogenheiten auch über den viel zitierten Artikel 1 der Landesverfassung Mecklenburg, wonach allens bin Ollen bliewwt, hinwegsetzen kann und, wenn allerdings auch sehr spät, dann doch noch zur Einsicht kommt. Gestern konnten wir feststellen, dass Ihnen das manchmal sogar innerhalb von zwei Jahren gelingt – Antrag zur Steuergesetzgebung, nach zwei Jahren der gleiche Antrag, der vorher abgelehnt war. Das lässt hoffen. Jetzt sind immerhin fünf Jahre ins Land gegangen, aber aner kennenswert, der Ministerpräsident hat jetzt klar Position bezogen, und zwar die Position, die von Anfang an die Politik dieses Landes hätte bestimmen müssen, nämlich der Transrapid muss nicht irgendwo fahren, der Eurorapid muss gerade durch unser Land fahren und muss hier einen Haltepunkt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es muss dann allerdings auch klipp und klar gesagt werden, dass es nicht ausreicht, mal einen Brief zu schreiben, vielleicht einmal vor einem Forum von Unternehmern zu sagen, das sind Zukunftstechnologien, die sind hier in Deutschland entwickelt worden, die müssen auch hier umgesetzt werden, und es kann doch nicht sein, dass das alles jetzt die Chinesen machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben nicht nur einmal darauf hingewiesen: Die Chinesen zeichnen sich nicht durch Stillstand aus und sie zeichnen sich nicht dadurch aus, dass sie ständig zu spät kommen, sondern sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie sehr, sehr aufmerksam Entwicklungen verfolgen und sehr lernfähig sind. Wir haben gesagt, eine solche Technologie kann selbst die rot-rote Koalition, die sowieso – das ist nun einmal das Wesen der Demokratie – vergänglich ist, nicht aufhalten. Das geht gar nicht. Das ist vollkommen klar, diese Technologie wird kommen. Die Frage ist nur, wer wird diese Technologie zur Verfügung stellen. Werden es deutsche Unternehmen sein, die sie entwickelt haben, oder werden die Chinesen fröhlich eine entsprechende Technologie nach Deutschland exportieren? Dass sie dabei auf bestem Wege sind, aus chinesischer Sicht zumindest auf bestem Wege, das kann jeder nachvollziehen, der die Nachrichten der letzten Wochen verfolgt hat.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
 Na ja, alles relativ.)

Bei der Magnetschwebetechnik handelt es sich immer noch um einen der innovativsten Verkehrsträger. Die stark wachsenden internationalen Verkehrsströme lassen es weder aus ökologischen noch aus ökonomischen Gesichtspunkten zu, auf derartige Innovationssprünge mutwillig zu verzichten. Deshalb sage ich – da braucht man keine prophetischen Gaben –, selbst in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern wird es eines Tages diese Technik geben.

Langjährige Erprobungen auf der Teststrecke im Emsland sowie der erfolgreiche Export der Technologie nach

China haben es unter Beweis gestellt, dass in unserem Land einer der zukunftsträchtigsten Verkehrsträger entwickelt worden ist. Die planerischen Voraussetzungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hatten wir bereits Ende der 90er Jahre in Norddeutschland geschaffen, dass hier die erste Strecke entstehen konnte und nicht hätte in China entstehen müssen. Unter anderem war ein Haltepunkt in Schwerin/Holthusen vorgesehen.

Mit der nun auf europäischer Ebene geführten Diskussion ergibt sich diese seltene Gelegenheit einer zweiten Chance, wirklich die seltene Gelegenheit einer zweiten Chance! Wenn auch gestern zu Recht darauf hingewiesen wurde, dass zweite Chancen eben nicht so gut sind wie erste, umso entschlossener muss man zugreifen, wenn man diese seltene Gelegenheit hat. Mit unserem Antrag wollen wir die offensichtlich bei einigen – jedenfalls war das, als wir den Antrag schrieben, noch so zu sehen – vorherrschende Ambivalenz der Landesregierung gegenüber diesem Projekt beenden. Jetzt ist ja auch die Landesregierung schon wieder ein paar Tage weiter. Der Ministerpräsident hat sich eindeutig positioniert. Er kann das ja nicht im Alleingang machen, wenn er Repräsentant einer Koalitionsregierung ist. Deshalb vielen Dank vor allen Dingen an die Kolleginnen und Kollegen der PDS, dass Sie, wenn auch sehr zögerlich, schleppend und vielleicht zähneknirschend, doch jetzt zur Einsicht gekommen sind.

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: Na, na! –
 Heiterkeit bei Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
 Sie haben doch die Rede noch gar
 nicht gehört, Herr Born!)

Herr Kollege Ritter, das ist eine Technologie, die können Sie nicht einmal zu irgendwelchen bösen Zwecken missbrauchen, wie das bei anderen Technologien ist.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
 Das wollen wir auch nicht.)

Das ist auch ein Beitrag zum Frieden, weil hier Verbindungen so hergestellt werden, dass man dadurch Vorurteile sehr viel schneller abbauen kann. Denn wenn Leute miteinander reden, Herr friedenspolitischer Sprecher Ritter, dann ist das die beste Voraussetzung dafür, dass Konflikte, die da sind, beseitigt werden und andere erst gar nicht entstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
 Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Die Vision einer Eurorapidstrecke beginnend in Amsterdam mit Verlauf über Groningen, Hamburg, Schwerin, Berlin bis nach Warschau oder Prag duldet kein weiteres zögerliches oder ängstliches Agieren, insbesondere nicht von Regierungen, also auch nicht unserer Landesregierung.

(Reinhard Dankert, SPD: Warum
 über Schwerin, Herr Dr. Born?)

Das würde wieder einmal nur ...

(Reinhard Dankert, SPD: Warum über Schwerin?)

Warum über Schwerin? Weil wir, verehrter Kollege Dankert,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
 Weil wir Stadt des Friedens sind.)

weil wir, verehrter Herr Kollege Dankert, entsprechend den Aussagen, die Ihr früherer verkehrspolitischer Spre-

cher Gerloff hier immer wieder gemacht hat, damit die einmalige Chance haben, nicht nur Hochtechnologie ins Land zu bekommen, sondern Menschen aus der ganzen Welt, die diese Hochtechnologie gerade in unserem Land sich ansehen wollen. Und wenn wir noch ein oder zwei Haltepunkte in diesem Land haben, dann führt das auch dazu, ...

(Heinz Müller, SPD: Parchim.)

Jawohl, es ist doch sehr schön, dass es bei der SPD noch gegenwärtig ist, was Herr Gerloff Ihnen früher eindringlich hier vorgeführt hat. Parchim haben Sie zu Recht gesagt.

Wenn Sie also Haltepunkte wie Schwerin und Parchim mit einer solchen Technologie hier im Land haben, dann führt das genau zu dem, was wir in diesem Land brauchen: Innovation und noch einmal Innovation.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Dann haben wir die Chance, mittelfristig hier dauerhaft Arbeitsplätze zu schaffen, die hochwertig sind. Damit können wir dem Grundproblem in diesem Land begegnen, nämlich der Massenarbeitslosigkeit. Deshalb danke für den Zwischenruf, Herr Kollege Dankert. Ich sehe, dass wir da völlig einer Meinung sind.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie werden sich
gleich wundern! – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Herr Schlotmann, ich habe gerade unterstützt, was Ihr Ministerpräsident gesagt und an die Bundeskanzlerin geschrieben hat.

(Volker Schlotmann, SPD: Jaja.)

Dafür danke ich ausdrücklich, dass der Ministerpräsident die Möglichkeit bekommen hat, diesen Brief zu schreiben, denn Sie sind ja einer der maßgeblichen Repräsentanten dieser Koalition.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Ich bin immer noch gespannt auf
die Antwort von Frau Dr. Merkel.)

Und ich habe eben gesagt, der Ministerpräsident schreibt so etwas nicht ohne den Rückhalt seiner eigenen Regierungskoalition.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie
werden sich aber trotzdem wundern.)

Was jetzt erforderlich ist ...

Ja, sicher wundere ich mich öfter über Sie, aber ich bin manchmal auch angenehm überrascht.

(Volker Schlotmann, SPD: Das bleibt
Ihnen unbenommen. Sie werden
sich gleich inhaltlich wundern.)

Ich bin manchmal auch angenehm überrascht über das, was Sie uns hier sagen.

(Volker Schlotmann, SPD: Warten Sie doch ab!)

Was jetzt erforderlich ist, ist die tatkräftige Zusammenarbeit und Abstimmung mit den norddeutschen Ländern und der Bundesregierung sowie den europäischen Partnern dieses Projekts in den Niederlanden, Polen und der Tschechischen Republik. Es geht darum, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, um dieses euro-

päische Infrastrukturvorhaben unter Einbeziehung der bereits abgeschlossenen Planungen für die Transrapidstrecke Hamburg–Berlin zu realisieren. Ich wiederhole, der bereits abgeschlossenen Planung. Sie alle wissen, dass durch die damalige rot-grüne Mehrheit im Deutschen Bundestag, und da war es ähnlich wie hier, diejenigen, die nicht einsichtig waren – da waren es die Grünen, die das betrieben haben, dass damals das förmliche Gesetz bewusst aufgehoben wurde im Deutschen Bundestag –, das Magnetschwebbahnplanungsgesetz aufgehoben wurde, um genau das zu verhindern, dass man eines Tages klüger wird. Man wollte also die bereits erfolgten Planungen im Grunde genommen ins Leere laufen lassen.

Wenn jetzt gehandelt wird und schnell gehandelt wird, dann kann man auf diese Planungen aufsetzen. Das ist auch ein Ziel unseres Antrages, dass nicht alles wieder von vorne gemacht werden muss und hiermit noch mehr Geld verplempert wird als durch die verlorene Zeit, die wir in diesen fünf Jahren nutzlos haben verstreichen lassen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Was meinen Sie,
was für Geld verplempert worden wäre,
wenn das umgesetzt worden wäre?!)

Wenn das umgesetzt worden wäre, dann wären wir alle sehr viel weiter in diesem Land. Frau Seemann, ich hätte eigentlich gedacht, dass Ihnen das wenigstens klar sein müsste.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich kann Ihnen nur empfehlen, unterhalten Sie sich einmal mit Herrn Gerloff. Sie verstehen ja von vielen Dingen etwas, aber offensichtlich bei Verkehrsfragen wäre es sinnvoll, wenn Sie einmal den Sachverstand von Kollegen Gerloff nutzen würden

(Dr. Margret Seemann, SPD:
14.000 Fahrgäste täglich in Holthusen!)

und sich das einmal sagen lassen würden, was er schon vor fünf Jahren versucht hat, Ihnen hier nahe zu bringen. Aber offensichtlich war es damals ja nicht erfolgreich.

Meine sehr verehrte Frau Kollegin, fragen Sie doch bitte einmal Ihren Ministerpräsidenten, wo denn die 6 Milliarden DM, Sie können das ja in Euro umrechnen, die er ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: 3,1. –
Dr. Margret Seemann, SPD: Schwer!)

Ja, das ist schwer. Es scheint auch ihm schwer gefallen zu sein, denn damals fing er ja geradezu an zu strahlen, und das bei Transrapid, obwohl man da eigentlich wenig ...

(Dr. Margret Seemann, SPD: Jaja,
täglich 14.000 Fahrgäste in Holthusen!)

Da war es doch so, dass diese 6 Milliarden wie ein sengereicher Regen über das Land kommen sollten.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ach!)

Ja, ja, ja, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Witzig!)

Ja eben. Sehen Sie, genauso habe ich damals auch reagiert. Ich habe gesagt, das ist nun wirklich abartig und abwegig,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Nein!)

wie das neulich einmal ein Minister hier gesagt hat.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Was machen Sie hier?!)

Ja, wenn ich das wiedergebe, was der Ministerpräsident damals uns weismachen wollte, dann kann ich Ihnen nicht widersprechen, wenn Sie den Kopf schütteln.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sie haben nicht gesagt, welcher Ministerpräsident.)

Das war Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff. Der regierte dank Ihrer Hilfe im Jahre 2000 und hat das Projekt damals zu Fall gebracht.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und er hat uns dann diese Mittel hier in Aussicht gestellt. Da Sie als Finanzexpertin sagen, das ist doch alles abwegig,

(Reinhard Dankert, SPD: Es ist abwegig, dies aus dem Staatshaushalt zu finanzieren.)

kann ich nur sagen, dann muss es so sein,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Dann sollen die Unternehmen es finanzieren,
wenn sie es finanzieren möchten.)

denn von diesen 6 Milliarden DM ist hier nichts angekommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Frau Kollegin Gramkow, stellen Sie doch dieselbe Frage dann bitte auch bei ICE-Strecken und IC-Strecken.

(Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Sie müssen immer den gleichen Maßstab ansetzen,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist Äpfel mit Birnen vergleichen.)

und nicht, wenn es aus ideologischen Gründen ...

Nein, das sind nicht Äpfel und Birnen, sondern das eine ist ein reifer Apfel

(Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS: Beides ist Kernobst, das kann man vergleichen.)

und das andere ist ein leicht angefault. Der reife Apfel ist der Transrapid und der leicht angefaulte ist die Rad-Schiene-Technik.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist doch wohl das Letzte! –
Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS:
Was ist denn das Fahrrad?!)

Für Sie, Frau Kollegin Schwebs,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Sie war es!)

ist das Fahrrad das beste Beförderungsmittel,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Frau Wien war es!)

was ich mir vorstellen kann.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Dr. Born, die Einbringungszeit ist weit überschritten.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Dann wird es aber Zeit. –
Volker Schlotmann, SPD: Herzlichen Dank!)

Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, vielen Dank.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Auch noch überzogen!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, folgen Sie Ihrem Ministerpräsidenten, unterstützen Sie diesen Antrag, dann sind Sie auf einem guten Weg! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Born. Ich bitte doch, die Einbringungszeit besser anzumelden.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Sechs Minuten überzogen!)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat jetzt die Finanzministerin Frau Keler in Vertretung des Wirtschaftsministers.

(Volker Schlotmann, SPD:
Jetzt wundert sich Herr Born.)

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Born, ich bleibe bei den Fakten und ich will es kurz machen. Für so einen Antrag, den Sie hier eingebracht haben, 18 Minuten zu reden, das ist eine Kunst, die ich gar nicht können will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Die norddeutschen Bundesländer Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein fordern den Bau einer Eurorapidstrecke, die von Amsterdam über Groningen weiter nach Bremen und Hamburg führt. Optional soll diese Eurorapidstrecke über Schwerin nach Berlin, Prag und Warschau weitergeführt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Diese Forderung der norddeutschen Bundesländer wird von uns solidarisch mitgetragen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der Ministerpräsident hat sie für die norddeutschen Bundesländer in einem Brief an die Bundeskanzlerin herangetragen

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU –
Volker Schlotmann, SPD: Ja, das finde ich gut.)

und es wundert mich irgendwie, dass die CDU-Fraktion hier keinen engen Draht zur Bundeskanzlerin hat,

(Zurufe von Michael Ankermann, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

denn sonst hätte sie das eigentlich schon längst wissen müssen. Es kommt jetzt nämlich die Antwort des Chefs des Bundeskanzleramtes. Dr. de Maizière, allen bekannt, hat in seinem Antwortschreiben

(Volker Schlotmann, SPD:
Herr Born, genau hinhören!)

vom 7. März 2006 dazu mitgeteilt,

(Norbert Baunach, SPD: Das war ja gerade. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

dass der „Ausbau dieser Strecke als Magnetschwebbahnprojekt eher unwahrscheinlich sei.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS –
Volker Schlotmann, SPD: Jetzt sind wir aber platt. – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das hätten Sie uns am Aschermittwoch auch schon sagen können.)

„Die niederländische Regierung habe noch nicht entschieden,“ teilt der Chef des Bundeskanzleramtes weiter mit, „ob sie die Strecke Amsterdam–Groningen in Rad-Schiene- oder Magnetschwebbahntechnik realisieren wolle. Erst wenn die niederländische Verbindung auch wirklich gebaut wird, kann über eine Verlängerung der Strecke nach Hamburg nachgedacht werden.“

(Volker Schlotmann, SPD: Nachgedacht! – Harry Glawe, CDU: Das ist sinnvoll.)

„Voraussetzung für eine solche Verlängerung nach Hamburg ist natürlich, dass sich diese Strecke wirtschaftlich betreiben lässt“

(Heinz Müller, SPD, und
Volker Schlotmann, SPD: Aha!)

„und nicht dauerhaft rote Zahlen geschrieben werden. Für eine Magnetschnellbahnverbindung müsste ein privater Betreiber gefunden werden,“

(Heinz Müller, SPD, und
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Aha!)

„der ohne Subventionen auskommt.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

„Nur wenn das sichergestellt ist, ist auch eine Weiterführung von Hamburg über Schwerin nach Berlin und weiter nach Osteuropa denkbar.“

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr schönes Schreiben. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier etwas einschieben. Diese Diskussion haben wir vor zehn Jahren hier ähnlich geführt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Genau.)

Und wenn Sie sagen, es ist nur an uns gescheitert,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Das ist schon lange gegessen.)

dann, Herr Dr. Born, haben Sie irgendwie Realitätsverlust.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Grundsätzlich müssen natürlich auch die erheblichen Kosten berücksichtigt werden, die mit dem Bau der Strecke von Groningen nach Hamburg und von dort weiter nach Schwerin, Berlin und Warschau beziehungsweise nach Prag verbunden werden. Die Kosten für den Bau einer solchen Eurorapidstrecke dürften im zweistelligen Milliarden-Euro-Bereich liegen. Zu den Kosten verweist der Chef des Bundeskanzleramtes auf eine Studie, die zu dem Ergebnis komme, dass die Verbindung Amsterdam–Groningen–Hamburg im Vergleich zu anderen Projekten zu hohe Investitionskosten und zu geringe Passagierzahlen aufweise.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heike Polzin, SPD: Da schon.)

Meine Damen und Herren, beim Eurorapid sind noch zahlreiche Voraussetzungen zu erfüllen, bevor an eine konkrete Umsetzung dieses Projektes gedacht werden kann. Wir stehen zu dem Projekt, aber unter den vorausgegangenen Fakten. Es macht darum jetzt keinen Sinn, ungelegte Eier zu bebrüten. Wenn es so weit ist, sollte sich Mecklenburg-Vorpommern konstruktiv in die Debatte einbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Zuruf aus dem Plenum)

Nee, jetzt nicht, also nicht bei Herrn Dr. Born.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS)

Herr Kollege, ich hätte jetzt nicht damit angefangen, aber ich hatte schon darauf gehofft, dass Frau Strenz diesen Antrag wieder einbringt. Dann wären die Argumente auch nicht besser gewesen als die von Herrn Born, aber der Anblick wäre zumindest angenehmer.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Das können Sie auch auf mich beziehen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Das ist ja unglaublich!)

Das ist Männermobbing hier! Das ist Männermobbing! Das ist alles eine Frage des Geschmacks, aber, meine Damen und Herren, ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das muss es auch geben, gut.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ein Bekenntnis. Das ist in Ordnung.)

Dann kommen wir jetzt zum Thema, nachdem wir hier Bekenntnisse abgegeben haben. Kommen wir jetzt zum Thema: Herr Kollege Dr. Born, ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie zu Beginn Ihrer Rede den Bau der Bagdadbahn von 103 Jahren angeführt haben. Ich meine jetzt nicht die Überlegung, dass wir mit der Magnetschwebbahn vielleicht auch noch 103 Jahre warten,

(Harry Glawe, CDU: Wenn Sie bei Ihrer Meinung bleiben, bestimmt.)

obwohl ich das nicht für ausgeschlossen halte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das kriegen wir hin.)

Mal ganz langsam hier, mal ganz langsam.

(Harry Glawe, CDU: Sie schaffen das schon.)

Wenn Sie uns unterstützen, bestimmt.

Aber man muss vielleicht beim Bau der Bagdadbahn sehen, weswegen sie denn gebaut worden ist,

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

nämlich aus militärischen Zwecken heraus, damit die Zusammenarbeit zwischen dem damaligen Deutschen Reich und dem Osmanischen Reich verbessert und die Truppensteller dort hingeschickt werden konnten.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Ob das natürlich eine Überlegung ist im Zusammenhang mit dem Eurorapid, vor allem, wenn man die Strecke bis nach Tschechien oder nach Polen hinein weiterbauen will, das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob das so gut für die Organisation ist. Der Kaiser ist tot und manchmal muss ich mir denken, wenn ich die Redebeiträge auch in der Vergangenheit zu diesem Thema höre, dann wird mir schon schlecht dabei.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD, und
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie bekommen jetzt auch meine Auffassung dazu, aber ich denke mir, bei der Qualität der Rede, bei der Qualität der Antragseinbringung muss man einmal etwas dazu sagen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Der springende Punkt ist doch ganz einfach: Was Sie hier wollen, ist volkswirtschaftlich wahrscheinlich unsinnig

(Beate Schlupp, CDU: Ach, das wollte
der Ministerpräsident doch auch.)

und kostet Geld, das nicht vorhanden ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch unfair!)

Herr Dr. Jäger, warten Sie doch einfach mal! Das ist etwas, was nicht von mir kommt, sondern das hat ein Herr Burkhard Genge, Geschäftsführer des Vereins TransEuroRapidNetwork e.V., auf einer Veranstaltung im Oktober 2005 gesagt. Und dieser Verein, damit man das auch einmal weiß, ist ein Zusammenschluss unter anderem der Handelskammern Hamburg, Oldenburg, Ostfriesland, Bremen, Stade, Schwerin und Groningen, also auch die hiesige IHK ist mit dabei.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Diese haben sich auf der Veranstaltung unter anderem mit der Einrichtung einer Transrapidstrecke zwischen der Münchner Innenstadt und dem Franz-Josef-Strauß-Flughafen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

dazu komme ich gleich noch, und der Strecke Amsterdam–Groningen–Hamburg beschäftigt. Obwohl dieser Verein – das werden Sie sicherlich auch wissen – der ganzen Angelegenheit gegenüber positiv eingestellt ist, gibt es zwei grundsätzliche Aussagen dazu. Einmal betont er auf der Veranstaltung, der Schlüssel dazu liegt in den Niederlanden. Das hat eben Frau Finanzministerin Keler schon deutlich gemacht, darauf wartet alles. Dort allein entstehen für die Strecke zwischen Schiphol und Groningen eingeplante 2,7 bis 3 Milliarden Euro, damit wir auch einmal über die Kosten sprechen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Die andere Aussage dazu ist, dass die Zahlen auch deutlich machen, dass der entsprechend hohe Finanzierungsbedarf eine vergleichsweise geringe Zeitersparnis brächte. Nach meinen Kenntnissen bringt die Strecke zwischen Hamburg und Berlin eine Zeitersparnis von 20 Minuten zwischen ICE und Eurorapid.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Beate Schlupp, CDU)

Zudem – das muss man auch wissen – weisen alle untersuchten Schnellbahnsysteme ein Kosten-Nutzen-Verhältnis unter 1 auf, sodass sie unrentabel und damit aus volkswirtschaftlicher Sicht abzulehnen wären.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Also
stellen Sie alle ICE-Strecken ein. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und jetzt kommen wir zu dem springenden Punkt. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland – das ist eine Meldung der dpa vom 25. Februar gewesen, glaube ich, ich kann aber noch einmal nachsehen –, vom Bundesminister für Verkehr, Herrn Tiefensee, gehört, dass geplant ist, das Finanzierungsvolumen für Verkehrsvorhaben in den nächsten Jahren auf 11 Milliarden Euro jährlich zu verstetigen. Da muss man natürlich einmal sehen, wofür das Geld ausgegeben wird. Das ist auch ganz interessant.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Das sind ungefähr 9 Milliarden Euro jährlich, die zur Verfügung stehen sollen. Da schließt sich dann auch der Kreis mit dem Thema des vorhergehenden Tagesordnungspunktes. 9 Milliarden Euro sollen zur Verfügung stehen für Straßen, Autobahnen, Schiene, Wasserstraße – bundesweit. 1,7 Milliarden Euro sind es für den Kommunalverkehr über das GVFG und 200 Millionen Euro für die Entwicklung von Transrapid München, unter anderem auch noch für das Satellitensystem Galileo und die Luftfahrt.

Jetzt machen wir es einmal anders herum, jetzt gehen wir von München aus, denn das ist die kürzeste Strecke, die hier in Deutschland gebaut werden soll. Es ist eine bessere S-Bahn-Strecke zwischen der Münchner Innenstadt und dem Franz-Josef-Strauß-Flughafen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja,
weil wir abgelehnt haben.)

Dafür planen derzeit die bayerische Landesregierung und der Bund Kosten von 1,8 Milliarden Euro für ein Verkehrsvorhaben,

(Jörg Vierkant, CDU: Ja.)

über dessen Sinnhaftigkeit man sicherlich streiten kann.

(Beate Schlupp, CDU: Aber die
können sich das auch leisten.)

Das ist eine gute Zwischenbemerkung, das ist natürlich schön.

Die ursprünglichen Planungsansätze lagen bei 1,6 Milliarden Euro. Dazu sagte die bayerische Landesregierung schon, mehr als 200 Millionen Euro können wir nicht dazu geben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

der Rest muss vom Bund kommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Jetzt sind sie bei 1,8 Milliarden Euro und da heißt es natürlich auch weiter, mehr als 200 Millionen Euro können wir nicht geben.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Dann sehen Sie auf der anderen Seite, der Bund selbst plant 200 Millionen Euro ein. Da können Sie mir ja sagen, wo die Differenz von 1,4 Milliarden Euro herkommt. Aber wie gesagt, das ist nur eine kurze Strecke.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Eben.
Deshalb ist es auch sehr viel teurer.)

Wir sprechen jetzt nach Ihrem Antrag über eine Strecke, die immerhin von Hamburg mindestens nach Berlin gehen soll, wahrscheinlich auch noch weiter,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie ist teurer, weil sie so kurz ist.)

denn der Nutzen soll darin bestehen, so, wie ich Sie verstanden habe, Herr Kollege Born, dass sie dann tatsächlich nach Dresden, Prag, Warschau – ich weiß nicht, wo der Zug überall hinfährt – hinführen soll.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was kostet die ICE-Strecke? – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Jetzt sage ich Ihnen, Herr Kollege Born, einmal eine andere Zahl, die ist von 2001. Sie ist auch nicht von mir, sondern vom Konsortium Transrapid International. Diese haben damals schon gesagt, dass eine 950 Kilometer lange Strecke von Berlin über Prag, Wien und Budapest 27 Milliarden DM kosten sollte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was kostet denn eine vergleichbare ICE-Strecke?)

Sie haben hier tatsächlich die Überlegung, dass Sie das noch zusätzlich machen können. Einen Knackpunkt haben Sie doch, daran können Sie nicht vorbeidiskutieren: Die ICE-Strecke zwischen Hamburg und Berlin existiert schon.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Eben, weil Sie die Anlage blockiert haben. Jetzt läuft es an uns vorbei. So ist es! Und das haben Sie erreicht!)

Sie ist doch gerade ertüchtigt worden.

Bleiben wir doch einfach mal bei den Zahlen, damit die volkswirtschaftliche Sinnhaftigkeit Ihres Vorhabens deutlich wird.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Die Chinesen, die Sie ins Feld führten für die Verlängerung der Strecke von Shanghai aus um 170 Kilometer – 170 Kilometer, das ist etwas weniger als die Strecke zwischen Hamburg und Berlin, würde ich mal so über den Daumen schätzen –, müssen für diese Strecke rund, sie wissen es noch nicht genau, 3,6 Milliarden Euro ausgeben. Dann haben wir mal über die Zahlen gesprochen.

(Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Im Moment nicht, Herr Dr. Born, das können wir zum Schluss machen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU – Heiterkeit bei Michael Ankermann, CDU, und Dr. Ulrich Born, CDU)

3,6 Milliarden Euro auf der einen Seite für rund 170 Kilometer und 9 Milliarden Euro, die der Bund jährlich überhaupt nur zur Verfügung hat für solche Vorhaben.

(Beate Schlupp, CDU: Was wollen Sie denn?)

Oder aber Sie sagen tatsächlich, es muss aus irgendwelchen anderen Töpfen kommen, aber dann sagen Sie doch bitte, welcher Topf das sein soll.

(Beate Schlupp, CDU: Was wollt ihr denn? – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wir – das muss ich auch ganz deutlich sagen – tun Ihnen aber heute nicht den Gefallen, ...

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Jetzt hören Sie mir doch mal zu!

Wir tun Ihnen heute nicht den Gefallen, Ihren Antrag abzulehnen.

(Beate Schlupp, CDU: Nein?)

Nein. Wir haben vor, und das beantrage ich hiermit, diesen Antrag in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Die SPD-Fraktion wird Ihnen nicht den Gefallen tun, hier heute rauszugehen und zu sagen, oh, wir haben den Antrag eingereicht und wir sind damit abgeschmettert worden. Sie sollen doch bitte mal schön darlegen im Wirtschaftsausschuss, wie Sie sich die Finanzierung dieses Vorhabens tatsächlich vorstellen

(Beifall bei einzelnen

Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Na klasse!)

unter den Prämissen, die es in diesem Land gibt, und zwar der finanziellen Situation des Landeshaushaltes – auch dort wird der Bund unter Garantie sagen, das Land wird sich an der Finanzierung beteiligen müssen –,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das war alles schon fertig.)

und der Finanzierungssituation des Bundes.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und dann gab es eine neue Koalition und Sie haben das alles gekippt.)

Und da möchte ich doch bitte mal erleben, woher ...

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich kann sowieso lauter brüllen als Sie. Ich habe das Mikrofon hier vorne.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ohne wird's auch nicht besser.)

Da möchte ich doch bitte erleben, woher Sie die Finanzierung nehmen.

Damit, meine Damen und Herren, stehe ich nicht allein. Ich erlaube mir, jetzt aus einem Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramtes an den Ministerpräsidenten dieses Landes zu zitieren. Darin heißt es: „Eine Realisierung der Verbindung Amsterdam–Groningen–Hamburg ist im Jahr 2000“

(Dr. Margret Seemann, SPD: Schön langsam.)

„ebenfalls im Rahmen einer Studie untersucht worden. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Verbindung im Vergleich zu anderen Projekten zu hohe Investitionskosten und zu geringe Passagierzahlen aufweist. Auch die niederländische Regierung hat noch nicht entschieden, ob sie die Strecke Amsterdam–Groningen in Rad-Schie-

ne- oder Magnetschwebbahntechnik realisieren wird. Der Ausbau dieser Strecke als Magnetschwebbahnprojekt“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Obwohl die Deutschen, die das Ding erfunden haben, nicht dafür sind.)

„ist nach meinen Informationen jedoch eher unwahrscheinlich.“ Das war Herr de Maizières, Ihr Parteifreund, der Chef des Bundeskanzleramtes. Nach meinem Informationsstand ist er noch Mitglied der CDU. Das gilt auch für seine Vorgesetzte, die Bundeskanzlerin Frau Merkel.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da reden wir doch gar nicht drüber!)

Deswegen, meine Damen und Herren von der CDU, nutzen Sie doch einfach die Chance, die wir Ihnen geben wollen! Legen Sie das im Wirtschaftsausschuss, wie Sie das Vorhaben finanzieren wollen, woher Sie das Geld nehmen wollen, wie Sie den Bund daran beteiligen wollen! Ich denke mir, Sie haben noch Zeit genug dafür

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und Sie werden sicherlich die Chance, die wir Ihnen geben, dazu nutzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Nee, nee, halt, ich habe noch eine Frage. Hier war noch eine Frage.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ja, Herr Born, es gibt so einige Themen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, ja.)

die sich in Kontinuität durch alle Legislaturperioden dieses Landtages ziehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Könnten.)

Eines davon ist die Magnetschwebetechnik.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, sehen Sie!)

Bisher behandelte dieses Haus allerdings ausschließlich die ehemals geplante Referenzstrecke Berlin–Hamburg, die wie alle in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Deutschland geplanten Referenzstrecken aus guten Gründen scheiterte,

(Dr. Armin Jäger, CDU: An guten Gründen nicht, an einer Koalition.)

und zwar an den hohen Investitionskosten und an den geringen Passagierzahlen. Diese Passagierzahlen waren im Übrigen im Gesetz festgeschrieben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt.)

Per Gesetz festgeschriebene Passagierzahlen, ursprünglich 15 Millionen, wurden kontinuierlich nach unten korrigiert und damit, so stellte die Wirtschaft fest, ist ein wirtschaftlicher Betrieb nicht mehr möglich

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

und wir steigen aus.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Also nicht die rot-rote Landesregierung hat ihn verhindert. Wir waren vielleicht jemand, der mit dazu beigetragen hat, darüber nachzudenken,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

aber letztlich ist die Wirtschaft ausgestiegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Sicher besteht eine Motivation für den heute zu behandelnden Antrag der CDU-Fraktion darin, wieder einmal nachzuweisen, wie die rot-rote Koalition die Zukunftschancen dieses Landes verspielt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das wissen wir. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das wissen wir. Das brauchen wir nicht mehr hören.)

Insbesondere Herr Born hat auf Herrn Ritter und auf mich hingewiesen und darauf, wie technik- und innovationsfeindlich die Fraktion der Linkspartei.PDS in diesem Lande ist.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber ich sage Ihnen: Der politische Aschermittwoch ist seit einer Woche vorbei

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig! Die A 20 gäbe es bis heute nicht, wenn Sie damals die Chance gehabt hätten, etwas zu sagen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und niemand wird Ihnen das abnehmen, was Sie mir dazu erzählen.

Meine Damen und Herren! Anfang Februar hat sich der Ministerpräsident dieses Landes in seiner Funktion als Vorsitzender der Konferenz der norddeutschen Ministerpräsidenten und in deren Auftrag mit einem Brief an die Bundeskanzlerin Merkel gewandt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Perspektivisch, so meinen die Ministerpräsidenten, könnte diese Strecke später auch von Hamburg aus die Metropolen Berlin, Warschau und Prag verbinden. Für unser Land ist es wichtig, so hörte ich auch aus der CDU-Fraktion, dass auch die Metropole Schwerin/Holthusen als Haltepunkt eingeplant wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Natürlich, das sehen wir so.)

Eine wahrhaft kühne Vision,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Jaja.)

welche die Ministerpräsidenten mit verschiedenen norddeutschen Handelskammern und niederländischen Vertretungen und Organisationen teilen. Diese Vision scheint inzwischen auch das liebste Kind des Ersten Bürgermeisters der Stadt Hamburg Ole von Beust zu sein, der seine Stadt schon als zukünftige Drehscheibe für den europäischen Personenverkehr mit globaler Bedeutung sieht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Schöne Aussichten für unser Bundesland, finde ich, insbesondere für Holthusen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Doch wie sehen die Fakten aus? Seit der Gründung des von Herrn Schulte vorgestellten Vereins TERN im Jahr 2003 schweben virtuelle transeuropäische Transrapidnetze zwischen Amsterdam und Prag sowie zwischen Stockholm und Budapest im politischen Raum. Begeistert nahmen deutsche Politiker, unter ihnen Ole von Beust, diese Idee auf und meinten, damit könnte man den Transrapid doch noch in Deutschland realisieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, man ist zukunftsorientiert.)

Die Bundesregierung hat dafür allerdings wenig Verständnis und setzt kurz- und mittelfristig auf den Bau der Magnetschwebbahn, der klitzekleinen Magnetschwebbahn, vom Münchener Flughafen in die Stadt und zurück.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, weil dieses Land sich verweigert hat. Weil Sie sich verweigern!)

Da wir seit den letzten Bundestagswahlen aus kundigem Munde wissen, dass in Bayern die klügsten Menschen leben,

(Heiterkeit bei
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS,
und Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS)

verwundert mich das Vertrauen der Bundesregierung in die bayerische Verkehrspolitik nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS – Zuruf von
Dr. Armin Jäger, CDU)

Allerdings spielen die norddeutschen Visionen keine Rolle in der europäischen Verkehrspolitik. Schaut man sich die so genannte Liste der TEN-Projekte der Europäischen Union an, so fehlen darin Transrapidstrecken, und das hat seine guten Gründe.

Die EU ist vernünftigerweise daran interessiert, ein durchgängiges Hochgeschwindigkeitsnetz für Europa zu entwickeln.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die dafür notwendigen Strecken, meine Damen und Herren, sind größtenteils vorhanden und müssten nur für Höchstgeschwindigkeiten ertüchtigt werden. Sicherlich, das Rad-Schiene-System hat beim Personentransport einige Nachteile gegenüber dem Transrapidssystem,

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Was? Was? Welche denn?)

dennoch überwiegen die Vorteile. Die Infrastruktur ist bereits vorhanden beim Rad-Schiene-System

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aha!)

und in andere Verkehrssysteme integriert. Das Rad-Schiene-System ist für Personen und für Güterbeförderung ausgelegt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Richtig.)

Die Magnetschwebbahn kann nur Personen befördern.

(Michael Ankermann, CDU: Das stimmt nicht. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Ach, da sind Sie
auf dem Stand von vorgestern!)

Und damit, meine Herren von der CDU, werden dann auch keine Verkehrsströme verlagert

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

von der umweltbelastenden Straße in den Eurorapid.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
Linkspartei.PDS – Dr. Ulrich Born, CDU:
Sie verwechseln das wirklich mit dem Fahrrad.)

Ein weiterer Ausbau der Schiene erfordert einen wesentlich geringeren Finanzbedarf als Neubaustrecken des Transrapid,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie verwechseln
das mit dem Fahrrad, Frau Kollegin! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

der sich zudem nur schwer und mit viel Geld in die vorhandene Infrastruktur integrieren lässt. Bedenkt man des Weiteren den erneuten Umweltverbrauch des dann ganz neuen und autarken Verkehrssystems und bezieht die durchschnittliche Besiedlungsdichte der betroffenen Regionen in die Abwägung mit ein, sind Zweifel an der Realisierbarkeit der Vision durchaus angebracht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ein verantwortungsvoller Umgang mit den Steuergeldern der Bürger der EU erfordert aus meiner Sicht zwingend die genaue Ermittlung eines Bedarfes, der zu erwartenden Passagierzahlen – nicht im Gesetz festgeschrieben –, der Bau- und Betriebskosten einer solchen neuen Strecke, des gesamten Investitionsbedarfes inklusive der Kosten für eine Integration in die vorhandene Verkehrsinfrastruktur und den volkswirtschaftlichen Nutzen eines solchen Projektes im europäischen Rahmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hätten wir hier in
Schwerin alles gehabt. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Wenn Sie ein bisschen informiert
wären, wüssten Sie das.)

Ich bin sicherlich genauso gut informiert wie Sie, Herr Born.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Herr Dr. Jäger, Frau Schwebs ist sehr gut
informiert. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Nein, ist sie nicht. – Zuruf von
Dr. Ulrich Born, CDU)

Dann wird sich sehr schnell erweisen, welches System zielführender ist. Nur die Zustimmung oder die Ablehnung zu einer Vision ist mir zu wenig. Ausgereifte Konzepte, eine objektive Kosten-Nutzen-Analyse und fundierte Aussagen über die Umweltbelastung gehören auf den Tisch und dann kann man konkret darüber reden und entscheiden.

(Beifall
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wie Sie merken, habe ich die skeptische und ablehnende Haltung vom vorherigen verkehrspolitischen Sprecher der Linksfraktion durchaus geerbt und auch meine Fraktion steht weiterhin zu dieser Ablehnung.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Ach, ist er das nicht mehr?)

Nein, er ist es nicht mehr. Guten Morgen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Was? –
Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Insbesondere unrealistisch erscheint uns die Finanzierung durch die öffentliche Hand.

(Heinz Müller, SPD: Dann sind Sie schlecht informiert.)

Wir haben auch in den Bundesverkehrswegeplan geschaut. Da fand ich ein Projekt, dessen Realisierung schon begonnen hat: Die Bahnstrecke zwischen Bremen und Hamburg wird zurzeit für Geschwindigkeiten von 300 Kilometern in der Stunde fit gemacht,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja!)

übrigens auch auf Betreiben der Ministerpräsidenten der beiden Stadtstaaten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt.)

Es wäre wohl wenig sinnvoll,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Am Land vorbei.)

wenn sich die Bahn und eine Eurorapidstrecke, an der die Bahn vielleicht auch beteiligt wäre, um das gleiche Kundenpotenzial streiten würde. Dann haben wir sicher zwei unrentable Strecken und für beide viel Geld ausgegeben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt haben wir eine Abkopplung unseres Landes. –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Aus Sicht der Linkspartei.PDS liegen auf dem Gebiet der Rad-Schiene-Technik in Verbindung mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken die größten Chancen für wettbewerbsfähige öffentliche Personenbeförderung und umweltschonende, leistungsfähige Beförderung der Güter, die sich zudem weltweit besser vermarkten lassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Herr Schulte hat hier die Überweisung in den Wirtschaftsausschuss beantragt. Ich denke, dort werden Sie das Für und Wider des Eurorapid genauer erörtern.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das können Sie ja in den Europaausschuss überweisen.)

Und, Herr Dr. Born, ich weiß nicht, ob man mit dem Transrapid wirklich alle Probleme dieser Welt lösen kann, die Friedensfrage nicht und die Arbeitsplatzproblematik sicherlich auch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, Sie kriegen überhaupt keine Probleme gelöst. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber vielleicht finden Sie gute Argumente im Wirtschaftsausschuss, die für den Bau des Eurorapid sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es war schon erstaunlich, was hier angeboten wurde von Herrn Schulte und von Frau Schwebs.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, das stimmt. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es waren volkswirtschaftliche Exkurse, die absolut misslungen waren, und es wurden aus technischer Sicht Stände aufgezeigt,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Deswegen ist die Wirtschaft auch so begeistert.)

die wirklich antiquiert sind.

Frau Schwebs, die Magnetschwebbahn ist durchaus in der Lage, auch Güter zu transportieren. Das sollten Sie wissen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Hier werden ICE-Strecken präferiert,

(Zuruf von Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS)

die an unserem Land vorbeigehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist das Problem. –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Wir reden aber über die Magnetschwebbahn, die durch unser Land durchgehen soll mit Haltepunkt.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Heutige Metropole Holthusen.)

Ich will jetzt an dieser Stelle ganz kurz noch einmal auf die Geschichte und die Herkunft der Magnetschwebbahn eingehen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die Landesregierung hat auch einen Forschungsminister.)

denn im kommenden Jahr jährt sich das Ableben von Hermann Kemper zum mittlerweile 30. Mal. Der Diplomingenieur aus Nortrup bei Osnabrück hat 1934 unter Nummer 643316 seine im wahrsten Sinne des Wortes bahnbrechende Erfindung beim Reichspatentamt angemeldet.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist ja wohl erst recht antiquiert.)

Der Mann hatte noch Visionen.

Meine Damen und Herren! Es ging um eine so genannte Schwebbahn mit räderlosen Fahrzeugen, die an eisernen Fahr schienens mittels magnetischer Felder schwebend entlanggeführt wurden.

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Genau damit war die Grundlage dafür gelegt, worüber wir hier und heute in diesem Hohen Hause wiederholt debattieren. Das, was sich allerdings im Entscheidungsprozess um eine mögliche Umsetzung seiner Erfindung abspielte, hätte sich wohl auch Kemper nicht träumen lassen, im negativen Sinne nicht träumen lassen.

(Zuruf von Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS)

Viele Jahrzehnte später, im Sommer 1992 wurde endlich doch eine erste wichtige Hürde zur Realisierung einer Magnetschwebbahn genommen, nämlich mit der Aufnahme der Strecke Hamburg–Berlin in den Bundesverkehrswegeplan.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau das.)

Ein entsprechendes Finanzierungskonzept des Transrapidkonsortiums folgte anderthalb Jahre später. Die zenite Entwicklung, die von visionären und tatkräftigen Entscheidungen bestimmt war, endete zunächst im April 1997, als der Bund grünes Licht für den Bau der Strecke gab.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, war alles da. Das hatten wir alles.)

Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, kam

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die Bremse.)

das Jahr 1998 und damit kamen auch neue Verantwortungsträger in Berlin und Schwerin und so zogen mehrheitlich die Zauderer und Zögerer in die Parlamente ein.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU –

Dr. Ulrich Born, CDU: Nur die A 20 konnten sie nicht mehr verhindern, die war Gott sei Dank schon da. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die war schon in trockenen Tüchern zur damaligen Zeit.

Alles in allem also ein trauriges Ende dessen, was 1934 als Idee begann. Den aktuellen Äußerungen des Ministerpräsidenten nach zu urteilen, mag man so ein bisschen was wie Hoffnung entwickeln, dass es vielleicht nur ein vorläufiges Ende war.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Jedenfalls haben damals, am 5. Februar 2000 die politischen Entscheidungsträger hier beschlossen, das Projekt Transrapid in der Form nicht zu realisieren, und, Frau Finanzministerin, das nun wirklich und nachweisbar auf dem Scherbenhaufen Ihrer Koalitionsverhandlungen mit der PDS.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Das war so. Genau! Das war so.)

Meine Damen und Herren! An die Spitze derer, die das Projekt von Anfang an nicht unterstützt haben,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

gehört der Ministerpräsident dieses Landes Dr. Harald Ringstorff. Der Ministerpräsident – mein Kollege Dr. Born hat das in seinen Ausführungen bereits zitiert – stellt sich nun an die Speerspitze der norddeutschen Bundesländer,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, er tut nur so. Der ist woanders.)

um für die Realisierung des Projektes auf europäischer Ebene zu kämpfen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber in anderen Ländern. – Dr. Armin Jäger, CDU: Aber erst in den Niederlanden.)

Und da hoffe ich wirklich, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass den Worten Taten seinerseits folgen werden.

Zur Erkenntnis der Vorteile der Magnetschwebetechnik zitiere ich die Pressemitteilung

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich war auch ziemlich erstaunt.)

des Herrn Ministerpräsidenten und seiner Kollegen: „Die Magnetschwebetechnik vereint in sich die Vorteile Innovation, Schnelligkeit, Umweltverträglichkeit und Sparsamkeit.“

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Seit 1934.)

Diese Erkenntnis kommt zwar spät, aber sie ist immerhin wichtig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Endlich, endlich, Herr Ministerpräsident,

(Reinhard Dankert, SPD: Er redet hier von der Technik.)

haben Sie begriffen, dass der Transrapid eine einmalige Chance für unser Land war und auch noch ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Jetzt kommt es darauf an, das, was seitens der CDU-Landtagsfraktion schon seit Jahren in diesem Hohen Haus immer wieder zum Thema von politischen Debatten erhoben worden ist, in politische Taten umzusetzen. Tun Sie endlich etwas, Herr Dr. Ringstorff, wenigstens eines, dass sich die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern und in Abstimmung mit der Bundesregierung und den anderen europäischen Ländern für eine zeitnahe Realisierung einsetzt. Das ist die Intention unseres Antrages.

Entscheidend ist für mich die Aufforderung an den Ministerpräsidenten unseres Landes, Wort zu halten. Meine Damen und Herren, wenn er es wirklich ernst meint, wird er im Vorfeld der heutigen Sitzung dafür gesorgt haben, dass sich die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen mit einem einvernehmlichen Votum zum Transrapid bekennen.

(Heiterkeit bei Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Die nachfolgende Abstimmung wird Klarheit bringen, übrigens auch in der Öffentlichkeit. Lassen Sie bitte Ihren Ministerpräsidenten nicht im Regen stehen! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Vierkant.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2127 zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da können wir sofort zustimmen.)

Danke. Stimmenthaltungen? – Danke.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da können wir sofort abstimmen. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Linkspartei.PDS und CDU

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der Linkspartei.PDS sowie einer Gegenstimme der Fraktion der CDU angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 5. April 2006, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 11.48 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Dr. Gerhard Bartels, Rudolf Borchert, Martin Brick, Kerstin Fiedler-Wilhelm, Holger Friedrich, Jörg Heydorn, Vincent Kokert, Lilly Kühnel, Beate Mahr, Andreas Petters, Wolfgang Riemann, Dr. Harald Ringstorff, Ute Schildt, Gesine Skrzepski, Reinhardt Thomas und Dr. Gerd Zielenkiewitz.